

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

8. Woche für die Zeit vom 18. bis 24. Februar 1899.

Posen, den 27. Februar 1899.

Bericht

über den am 19. d. M. im Hotel de France zu Posen abgehaltenen Verbandstag der polnischen Sokolvereine in Deutschland.

Die Leitung der Verhandlungen übernahm an Stelle des Verbandsvorsitzenden, Rechtsanwalts Bernhard v. Chrzanowski, der Stellvertreter desselben, prakt. Arzt Dr. A. Chlapowski-Posen, nachdem ersterer darum ersucht hatte, seine infolge Kränklichkeit angegriffenen Kräfte für einen am Spätnachmittage im BazarSaale zu haltenden volkstümlichen Vortrag aufsparen zu dürfen. Dr. Chlapowski stellte durch Namensaufruf fest, daß von den 40 dem Verbande angehörenden Sokolvereinen Delegirte entsandt hatten: Berlin (Gutsche), Kulmsee (Brylinski), Charlottenburg (Dzierwczynski), Gnesen (Fortunski), Gostyn (Dzwikowski), Inowrazlaw (Dipczynski), Jersiz (Andrzejewski), Kruschwitz (Bednarski), Kosten (Kutowski), Kempen (Robus), Krotoschin (Maslowski), Obornik (Großmann), Pleßchen (Szmytkowski), Posen (Nizepecki, Maciejewski, Seydlig, Zurawski), Pielplin (Gorski), Schrimm (Monkowski), Samter (Poforzynski), Strelno (Kozlowski), Schroda (Molewski und Hoffmann), Breschen (Smoldibowski) und Breslau (Charkiewicz). Es waren demnach 21 Vereine durch 25 Delegirte vertreten.

Nach Verlesung des Protokolls des vorigen Verbandstages erklärte sich die Versammlung mit der Aufnahme des Vereins Kempen in den Verband, sowie mit der Kooptirung des „Kameraden“ Samolinski-Posen als Verbandsschriftführer einverstanden.

Der Verbandsvorsitzende v. Chrzanowski führte nunmehr in dem Rechenschaftsbericht des Verbandsausschusses Folgendes aus: Als Geschäftsjahr gelte für den Verband das Kalenderjahr. Den Verbandsvorstand bildeten außer ihm die „Kameraden“ Dr. A. Chlapowski (stellvertretender Vorsitzender), Preiß (Kassenwart), Samolinski (Schriftführer), Gladysz (Verbandsturnwart) und Jablocki (Beisitzer).

Die Mitgliederzahl der dem Verbande angehörenden Vereine habe im vorigen Jahre keine Abnahme erfahren, trotzdem dem Vereinsleben der Sokols behördlicherseits vielfach Hindernisse bereitet worden seien. Den meisten Anstoß erzeuge die Sokoltracht; selbst die Sokolnützen mit den Reihersfedern darauf wurden mißliebig bemerkt. Gelegentlich der in Schroda und Breschen veranstalteten Gaurturntage seien den polnischen Turnern von der Polizei in erheblichem Maße Schwierigkeiten gemacht worden. In Breschen z. B. habe man das Aufschlagen eines Büffets auf dem Festplatze nicht geduldet, auch nicht gestattet, daß die turnerischen Vorführungen unter

Musikbegleitung vor sich gingen. In Kempen sei dem dortigen Sokol sogar eine theatralische Vorstellung untersagt worden. In diesem Falle habe der Verband zum ersten Male den Klagerweg beschritten. Dem Verbandsvorstand sei das Endergebniß des Streitverfahrens noch unbekannt. Redner ergreife die Gelegenheit, um den Verbandsdelegirten einmal authentisch nachzuweisen, daß die abfällige Meinung über das Sokolthum nicht allein in privaten, haktistischen Kreisen obwalte, sondern sogar von den höchsten Verwaltungsbeamten der Provinz getheilt werde. Zum Beweise dafür verliest der Verbandsvorsitzende einen längeren Passus aus der Rechtfertigungsschrift des Herrn Regierungspräsidenten in Posen auf die in Sachen des Kempener Sokolvereins erhobene Klage. Die in der erwähnten Rechtfertigungsschrift enthaltenen Ausführungen über das Wesen des Sokolthums bezeichnete Redner als irrig; ferner erklärte er, es sei ihm unverständlich, wie man die Verschärfung der nationalen Gegensätze, die, wie die Rechtfertigungsschrift ausführe, in Kempen nach der Anwesenheit des Erzbischofs sich bemerkbar gemacht haben soll, mit jener beabsichtigten Theatervorstellung in Verbindung bringen könne.

Erfreulich sei es, daß die Kameraden allen Widerwärtigkeiten gegenüber stets ihre Ruhe bewahrt und nirgends zu turbulenten Szenen Anlaß gegeben hätten. Das sei der beste Beweis für die geistige Reife der polnischen Turner und für die Hinfälligkeit der von den Gegnern derselben erhobenen Anschuldigungen. Drei dem Verbande angehörende Vereine gäben fast gar kein Lebenszeichen von sich, sodaß man sie wohl als nicht mehr existirend anzusehen habe. Es seien dies die Vereine Argenau, Bromberg und Znin. Redner habe in letzter Zeit mit wohlgesinnten Leuten aus Bromberg gesprochen, die ein Wiederaufleben des dortigen Sokols in Aussicht gestellt hätten.

Charkiewicz-Breslau leitete die Diskussion über den vom Verbandsvorsitzenden erstatteten Bericht mit einem Hinweis darauf ein, daß die Mitglieder des Kempener Vereins überhaupt keine Sokoltracht trügen, und daß ihnen mithin wegen ihrer Tracht kein Vorwurf gemacht werden könne.

Andrzejewski-Jersiz: Der Verein, dem er angehöre, habe im vorigen Jahre ebenfalls einen Konflikt mit der Behörde gehabt. Der zuständige Distriktskommissar habe dem Verein die Veranstaltung eines Sommervergnügens mit der Begründung untersagt, daß eine Störung der Ruhe zu befürchten sei. Einen Beweis für die Richtigkeit dieser Voraussetzung habe der Beamte nicht beizubringen vermocht oder gewollt. Herr Landrath habe auf die vom Verein eingereichte Beschwerde erst am Tage vor dem Ver-

gnügen einen ablehnenden Bescheid erteilt. Naturgemäß seien durch die Vereitelung des Sommervergnügens sowohl dem Verein als auch dem betreffenden Gastwirth Verluste erwachsen. Der Regierungs-Präsident, an den sich der Verein schriftlich und der Redner mündlich gewandt hätten, habe letzteren unter Hinweis auf unliebsame Vorkommnisse, die sich bei Veranstaltungen anderer Sokolvereine zugetragen hätten, mit der Beschwerde ebenfalls abgewiesen. Gelegentlich einer nochmaligen Rücksprache mit dem Landrath Dr. Baarth habe sich dieser dahin geäußert, die Polen als solche seien ihm ja lieb und er hege ihnen gegenüber keine Voreingenommenheit; die Sokolvereine jedoch könne er nicht leiden, und es wäre am besten, wenn sie sich auflösten. „Das werden Sie nicht erleben, Herr Landrath!“ — habe Redner darauf erwidert. — „Wenn die Behörden es rechtfertigen können, dann mögen sie zur Auflösung schreiten; wir selbst werden es nicht thun!“ Um die Sache für die Zukunft zu klären, habe der Verein den Vorgang dem Minister des Innern zur Entscheidung unterbreitet.

Seydlich-Posen weist darauf hin, daß die Sokoltracht doch gar keine polnische Nationaltracht sei, demnach erscheine ihm der Umstand, daß diese Tracht die Gegner so reize, unerklärlich. Uebrigens sei Redner der Ansicht, daß die an den Sokolvereinen geübten Schikanen „von Oben“ ausgingen.

Andrzejewski-Terzij ergänzt seine Ausführungen noch dahin, daß der Regierungs-Präsident auf des Redners Frage, ob ihm die Sokoltracht zuwider sei und ob eine Zurücknahme des Verbots zu erhoffen sei, falls die Vereinsmitglieder sich verpflichteten, keine Sokoluniformen anzulegen, erwiderte: „Nein, gegen die Sokoltracht habe ich gar nichts!“ Auf das Drängen des Redners, ihm dann doch den Grund des Verbots zu sagen, habe der hohe Beamte ausweichend geantwortet: „Ich bin Gegner solcher Veranstaltungen der Sokolvereine!“

Der vom Kassenvwart Preiß verlesene Kassenbericht bot in keiner Beziehung Bemerkenswerthes. Etwa 15 Vereine sind mit ihren Beiträgen für die Verbandskasse rückständig, was der Kassenvwart unter Nennung der Namen der betreffenden Vereine rügte.

Gorski-Belplin entschuldigte den von ihm vertretenen Verein. Es seien Zwistigkeiten entstanden, welche die Thätigkeit und Entwicklung des Vereins lähmten; doch sei zu hoffen, daß die Vereinsarbeit in diesem Jahre nach Beseitigung der hindernden Elemente bald erfreuliche Resultate zeitigen werde.

Ein Antrag Seydlich-Posen, den materiell ungünstig situirten Vereinen die rückständigen Beiträge zu erlassen, fand nicht die genügende Unterstützung. Lobend hob der Verbandsvorsitzende hervor, daß der erst kurze Zeit bestehende Verein Pafosch einen äußerst günstigen Eindruck mache.

Der Verbandsturnwart Gladysz bot nunmehr eine Schilderung der von ihm gelegentlich der Gaulturnfeste gemachten Wahrnehmungen. Er zählte die Vereine auf, welche die Turnertage beschiedt hatten, gab die Zahl der Theilnehmer an, beschrieb, welche gymnastischen Uebungen vorgeführt worden seien und resumirte die daran geübte Kritik. Das Ergebnis des Breschener Sokol-Gaulturnens bezeichnete er als im Ganzen wenig befriedigend; auch klagte er darüber, daß die einzelnen Vereine zu wenig Fühlung mit dem Verbande nähmen, und er gab der Besichtigung Ausdruck, daß die nach dieser Richtung hin empfindlich wahrnehmbare Säumnis einen Rückgang in der Entwicklung des Sokolthums nach sich ziehen könnte. Den von Milewski-Schroda geäußerten Wunsch, daß bei den Turnfesten das Prüfungsturnen von

dem für das Publikum berechneten Schauturnen getrennt werde, bezeichnete der Gaulturnwart als nicht realisirbar.

Auf den Vorschlag des Verbandsvorsitzenden hin wurde der Rechnungsrevisionskommission des Posener Sokolvereins ein für alle Mal die Prüfung der Verbandskasse übertragen.

Nunmehr erhielt Gutschke-Berlin das Wort zur Begründung des von dem Berliner Sokolverein gestellten Antrages: Die jetzt in Gebrauch befindliche Turnertracht fallen zu lassen und dafür einen billigeren, bequemeren und leichteren Anzug einzuführen. Redner hält die jetzige Tracht für wenig zweckentsprechend. Ihre Beschaffung verursache soviel Unkosten, daß kaum 10 Prozent der Kameraden im Stande seien, sich diesen Luxus zu leisten. Bei Dauermärschen erweise sich die jetzige Tracht als überaus beschwerlich und unpraktisch. Der Verein Berlin sei der Meinung, daß die Sokoluniform nicht als ein Korrelat der Sokolidée anzusehen sei; und daß es daher geboten erscheine, die jetzige auffällige und bei den Gegnern Anstoß erregende Tracht fallen zu lassen.

Gorski-Belplin stimmt diesem Vorschlage bei. In den ärmeren Kameraden, die sich äußerlich nicht so stattlich auszustaffiren vermöchten, erwache leicht der Neid, und dadurch werde der Geist der Solidarität, der alle im Sokolthum vertretenen Stände in einem Streben vereinigen solle, abgeschwächt. Würden die Mittel, welche die Sokols aufzuwenden hätten, um der heut giltigen Bekleidungs-vorschrift zu genügen, z. B. der Bank Ziemski zur Verfügung gestellt, so würde diese mit einem Schlage in Stand gesetzt, eine ganz beträchtliche Menge polnischen Landes im polnischen Besitz zu erhalten.

(Als Redner sich noch weiter in derartigen, das politische Gebiet streifenden Permutationsberechnungen ergehen will, wird er vom Vorsitzenden gemahnt, sich streng an die Sache zu halten.)

Milewski-Schroda stimmt dem Vorschlage des Berliner Vereins ebenfalls bei und beantragt, eine Kommission mit der Ausarbeitung einer neuen Bekleidungs-vorschrift zu betrauen.

Kozlowski-Strelno läßt die vorgebrachten Gründe nicht gelten. Die jetzige Sokoluniform sei keine Nationaltracht; doch habe sie den Vorzug, daß jeder Kamerad sich in diesem Gewande sorglicher hüte, dem Sokolthum durch ungebührliches Verhalten Unehre zu machen. Die Sokols seien ihren Feinden in jeder Form ein Dorn im Auge; sie mögen sich nun kleiden, wie sie wollten, stets werde man ihnen Steine in den Weg werfen.

Fortunski-Gnesen bittet, die Thatsache, daß die Sokoluniform bei den Deutschen Anstoß erzeuge, nicht zu leicht zu nehmen. Sei es doch vorgekommen, daß in dem polnischen Gnesen drei Kameraden, die sich uniformirt gemeinsam auf der Straße hätten sehen lassen, von einem Polizeibeamten auseinandergejagt worden seien. Das Turnen sei der Sokolvereine Zweck, nicht eitles Paradiren. Werde die eigentliche Aufgabe des Sokolthums richtig erfaßt, dann zwingt man selbst den Gegnern Achtung ab. Ein preussischer Hauptmann, der drei einstige Sokols in seiner Kompagnie gehabt, habe diese den anderen Kameraden als Muster hingestellt.

v. Rzepecki-Posen hält es für wahrscheinlich, daß die Sokolvereine eine weit regere Betheiligung aufweisen würden, wenn man die jetzt vorgeschriebene theure Uniform fallen ließe. Er gebe zu bedenken, ob es sich nicht empfehle, nach Einführung einer einfacheren Turnertracht die vorhandenen Sokoluniformen den galizischen Vereinen zum Kauf anzutragen.

Bednarski-Kruschwig fragt an, ob denn ein behördliches Verbot des Tragens der Sokoltracht bestehe. Er sei auch der Ansicht, daß nicht die Uniform, sondern das Wesen des Sokolthums, die Thatsache, daß es die polnischen Turner zu einem gemeinsamen Streben vereine, bei den Deutschen Anstoß erzeuge und die Behörden veranlasse, die Sokolvereine zu maßregeln. Redner sei in Betracht dessen gegen die vorgeschlagene Neuerung.

Dr. Chlapowski-Posen theilt mit, daß seines Wissens ein behördliches Verbot nicht bestehe. Er erinnere jedoch an die Thatsache, daß polnische Turner bereits wegen groben Unfugs bestraft worden seien, weil sie sich in der Sokoltracht öffentlich gezeigt hätten. Er empfehle eine Aenderung schon darum, damit der Regierung der Beweis geliefert werde, daß den Sokolvereinen die Absicht, politisch zu demonstrieren, fern liege.

Andrzejewski-Tersitz und Zablocki-Posen empfehlen, die vorhandenen alten Uniformen aufzubreuchen, bei Neuanschaffungen jedoch entsprechend dem Antrage des Berliner Vereins auf eine zweckentsprechende Aenderung Bedacht zu nehmen. Einem indirekten äußeren Zwange — so führte der letztgenannte Redner aus — gedenke das Sokolthum damit auf keinen Fall nachzugeben, und noch weniger würden die Sokols freiwillig auf ihre jetzige Tracht darum verzichten, weil sie die Gegner reizt. Die Polen seien Staatsbürger gleich den Deutschen, und ihre Vertreter hätten nöthigenfalls für sie einzutreten, falls man sie ungerecht maßregelt.

Seydlich-Posen meint, es sei doch sonderbar, welche Aufmerksamkeit nicht allein die Regierung, sondern die deutsche Gesamtheit überhaupt den Sokolvereinen schenken. Sogar das Parlament befaßte sich mit den langen Stiefeln der polnischen Turner. Wie Kamerad Andrzejewski-Tersitz ausgeführt habe, hätten der Regierungs-Präsident und der Landrath des Kreises Posen-Ost versichert, die Sokoltracht verleihe sie keineswegs. Der Staatsminister v. Miquel habe dagegen im Landtage dargelegt, daß diese auffällige Tracht das deutsche Empfinden reizen müsse, da sie als eine national-polnische Demonstration anzusehen sei, hinter der sich geheime Gedanken verbergen. Man solle doch den Deutschen den Gefallen thun und diesen Stein des Anstoßes allmählich beseitigen.

Nachdem Lipczynski-Inowrazlaw sich gegen jede Reform nach der gedachten Richtung hin erklärt hatte, führte

Charkiewicz-Breslau Folgendes aus: Die Breslauer Behörde sei etwas mehr „europäisch“ geartet; auf sie übe die Sokoluniform nicht die Wirkung aus, wie ein rothes Tuch auf den Stier. Redner verwerfe den Aenderungsantrag. Die Beuthener Affäre, auf welche der Vorsitzende angespielt habe, sei lediglich lokaler Natur. Uebrigens gehöre der dortige Sokolverein ja nicht dem Verbande an, und seine Angelegenheiten entzögen sich daher der Erörterung. Festgestellt könne allerdings werden, daß der Beuthener Sokol trotz seiner isolirten Stellung außerhalb des Verbandes sich vorzüglich entwickle. Die Sokoluniform sei ein Zeichen der Einheitlichkeit des Strebens, und darum wolle Redner sie nicht missen.

In seinem Schlußwort hob der Antragsteller Guttsche-Berlin hervor, daß der Antrag rein praktischen Erwägungen entsprungen sei, nicht aber der Furcht vor weiteren Schikanen.

Mit 13 gegen 12 Stimmen wurde bei der nun folgenden Abstimmung der Antrag des Berliner Vereins verworfen. Es bleibt demnach bei der bisherigen Uniformirung.

Der Antrag des Verbandsausschusses, den nächsten allgemeinen Turnertag nicht schon in diesem, sondern erst im Jahre 1900 abzuhalten, fand den Beifall der Delegirten, nachdem der Verbandsturnwart zur Begründung Folgendes angeführt hatte:

Daß die Behörden dem allgemeinen Turnertage in diesem Jahre Schwierigkeiten in den Weg legen würden, sei vorauszusehen. Werde es aber den Sokolvereinen unmöglich gemacht, bei dieser Gelegenheit ihr Können öffentlich vorzuführen, dann habe der Turntag keinen Zweck. Fortschritte seien in dem vergangenen Jahre nicht zu verzeichnen gewesen; sie seien aber in Anbetracht der in Aussicht genommenen Reformen für die Zukunft zu erhoffen. Zudem sei in vielen Vereinen eine gedrückte Stimmung wahrnehmbar, die das Gesamtergebniß einer solchen allgemeinen Veranstaltung zweifellos nachtheilig beeinflussen müßte. Redner rechne darauf, daß bis zum Jahre 1900 der „Wind sich ändern werde.“

Ein Antrag Seydlich-Posen, die Delegirtenversammlung solle den gegen die Sokolvereine erhobenen Vorwurf, daß dieselben Politik trieben und sich mit politischen Hintergedanken trügen, mittelst einer feierlichen Resolution abwehren, fand keine Unterstützung, da, wie der Vorsitzende hervorhob, damit kein Erfolg werde erreicht werden. Die Hauptsache sei, daß die Sokols vor ihrem eigenen Gewissen gerechtfertigt dastünden. Charkiewicz-Breslau meint, es sei den Sokols nirgends ein solcher Vorwurf gemacht worden; man rede sich das nur ein. Redner führt Klage darüber, daß der Verbandsvorstand die Einladung des Breslauer Vereins, den nächsten Sokoltag in der Hauptstadt Schlesiens abzuhalten, keiner Beantwortung gewürdigt habe. Er erneuere die Einladung. Die Bedingungen seien in Breslau günstig, und ein Gelingen der Veranstaltung könne mit Sicherheit angenommen werden. Zum mindesten werde der erzielte Eindruck ein ebenso vortheilhafter sein, als wenn man den Turnertag in irgend eine kleine Stadt Posen verlege. — Einer Beantwortung dieser Einladung enthielt sich die Versammlung.

Guttsche-Berlin wünscht, daß der Verbandsausschuß die Abfassung eines Aufrufs in Betracht ziehe, welcher in warmen Worten Zweck und Ziel des Sokolthums darlegen und damit für die Verbreitung der Sokolidée sorgen soll. Der Verbandsvorsitzende versprach, den Vorschlag in Erwägung zu ziehen.

Die Anfrage des Delegirten Rozłowski-Strelno, ob die Sokolvereine gesetzlich verpflichtet seien, der Polizeibehörde die Satzungen und das Mitgliederverzeichnis einzureichen, beantwortet der Verbandsvorsitzende dahin, daß die bezügliche Vorschrift des Vereinsgesetzes so dehnbar sei, daß sie der subjektiven Auffassung der Polizeibehörden weiten Spielraum lasse.

Charkiewicz-Breslau erklärt, der dortige Sokolverein scheue die Polizei absolut nicht. Er komme jeder Forderung derselben bereitwilligst nach, melde auch jede Versammlung an. Ob die Polizei die Vereinsversammlungen überwachen lasse oder nicht, sei den Mitgliedern gleichgiltig. Redner bedauerte, daß der Verband keine engere Fühlung zwischen sich und den Vereinen, sowie zwischen den Vereinen unter einander zustande bringe. Erwünscht sei auch, daß der Verband den galizischen Sokolvereinen, von denen die diesseitigen viel lernen könnten, Mittheilungen über die Entwicklung des Vereinslebens der polnischen Sokolvereine Deutschlands zugehen lasse.

Hiermit schloß die Versammlung um 3/4 7 Uhr nach dreistündiger Dauer. Der Verlauf war ein ruhiger, die Haltung der wenigen Theilnehmer eine gemessene. Lebhaftere Aeußerungen des Mißfallens wurden nur laut, als der Verbandsvorsitzende die Gründe verlas, mit denen der Herr Regierungs-Präsident seine gegenüber dem Kempner Sokolverein beobachtete Stellungnahme in der Klagebeantwortung vertheidigt hat. Mit Ausnahme des im Hintergrunde des Saales laut gewordenen Zurufs: „Smieszne!“ (lächerlich) hielten sich die Kundgebungen in den Grenzen des Anstandes.

G ü n t h e r, Polizeisekretär.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 38 des Kuryer Poznański
vom 16. Februar 1899:

38. Jahresbericht des Hauptvorstandes des Vereins zur Unter- stützung von Wirthschaftsbeamten im Groß- herzogthum Posen für das Jahr 1898.

Im Jahre 1898 haben sich 34 Prinzipale um Zuweisung von Beamten an das Bureau des Vereins gewendet. 22 Beamte meldeten sich mit der Bitte, ihnen eine Stellung zu verschaffen. 8 Beamte sind durch Vermittelung des Bureaus untergebracht worden. Verstorben sind 4 Ehrenmitglieder, zwei ordentliche Mitglieder und 2 Emeriten.

Einnahme:

Bestand aus dem Jahre 1897	4 566,38	Mark,
Beiträge	2 923,75	"
Zinserträge	3 109,50	"
Außerordentliche Einnahme	190,68	"

Summa 10 790,31 Mark.

Ausgabe:

1) Unterstützungen und 2) Emeritengelder 4 847,90 Mark, 3) Verwaltungskosten und außerordentliche Ausgaben 1 158,49 Mark, in Summa 6 006,39 Mark, Bestand für 1899 4 783,92 Mark.

Das Vermögen des Vereins: 1) Eiserner Fonds 83 700 Mark, 2) Dispositionsfonds 7 893,42 Mark, 3) Fonds für die Herberge 1932,62 Mark, 4) Mobilien nach Abzug von 10 Prozent auf Abnutzung 182,25 Mark, Summa 93 708,29 Mark. Der Herbergsfonds ist um 150,15 Mark gewachsen, das Vermögen des Vereins um 347,44 Mark, zusammen 497,59 Mark.

Den Hauptvorstand bilden: Dr. Thaddäus Szulbrzyński-Bolechowo, Boleslaus v. Brodnicki, Vinzent v. Niemojowski und Anselm Tomaszewski-Pamiontkowo.

Dem Aufsichtsrath gehören an: Stephan Graf Kwilecki in Dobrojewo, Vorsitzender, Philipp Skoraczewski = Bagatelka bei Miłosław, Stellvertreter, Dr. Julian v. Chelmiecki = Zydomo bei Gnesen, Valentin Magowski-Neustadt bei Pinne, T. Eulensfeld-Wrechen, Siegmund v. Rurnatowski-Deutsch-Pressa, Johann v. Chlapowski-Gembitz bei Mogilno.

Kassenkurator ist Graf Kwilecki = Dporowo, Schriftführer des Hauptvorstandes: K. Koszutecki, Posen, Halldorffstraße 5.

Aus Nr. 38 des Kuryer Poznański
vom 16. Februar 1899:

Die Gesellschaft für volksthümliche Vorträge unter dem Namen des Adam Mickiewicz

hat uns schon zum zweiten Male mit der gefälligen Uebersendung ihres Aufrufs beehrt, worin eine ganze Reihe von Vorlesungen angekündigt wird, welche die Ausbreitung von Aufklärung unter unserm Volke zum Zwecke haben. Wir bedauern unendlich, daß wir von dieser Kundgebung keinen Gebrauch machen können; wir waren aber schon beim erstmaligen Empfange dieses Dokuments gezwungen, entschieden zu erklären, daß diese Herren es uns nicht übel nehmen können, wenn wir der von ihnen vertretenen Angelegenheit, der sie durch ihre Namen mit Ausnahme desjenigen des Herrn Soltys einen so hervorragend und exklusiv parteiischen Charakter gegeben haben, mit absolutem Mißtrauen gegenüberstehen. Unsere Befürchtungen sind durchaus gerechtfertigt; denn wer öffentlich in Broschüren so feindliche, Haß gegen die Kirche athmende Anschauungen entwickelt hat, der wird früher oder später auch in den volksthümlichen Vorträgen Gift verspritzen, und wird es dann vielleicht zu spät sein, das Publikum vor der ihm drohenden Gefahr zu warnen.

Ein charakteristisches Merkmal haben jene Herren (Dr. A. Chlapowski, Bernhard v. Chrzanowski, Dr. Krysiwicz, Dr. Szuman) jenen Vorlesungen damit aufgedrückt, daß sie die Vorträge auf eine Zeit angesetzt haben, wo treue Katholiken in der allen katholischen Herzen stets heiligen Passionsandacht ihren Geist in Lied und Gebet sammeln und in den Passionspredigten Gottes Wort vernehmen. Wir nehmen nicht an, daß alle diese Herren die Absicht haben, aus den im Bazar zu haltenden Vorträgen Antithesen gegen die Kirche zu machen; doch ist die Thatsache unwiderlegbar, daß die Vorträge selbst hinsichtlich der Zeit sich mit den kirchlichen Vorschriften im Widerspruch befinden. Volksthümliche, noch dazu unter dem Namen des großen Meisters Adam Mickiewicz veranstaltete Vorträge können und dürfen keine Parteiarbeit sein, selbst wenn sie mit der besten Absicht unternommen werden, sondern ein Sichzusammenschaaeren auf dem Boden eines klaren und deutlichen Programms, das uns polnischen Katholiken die hinreichende, sichere Bürgschaft dafür bietet, daß alle Theilgenommenen den guten Willen haben, der heiligen Sache wegen ihre Parteigelüste und Liebhabereien aufzugeben. Es ist uns sehr unangenehm, daß es sogar in so schweren und traurigen Augenblicken in der Volksgeamtheit Persönlichkeiten giebt, welche sich nicht dazu aufschwingen können, sich der Kardinalpflicht, der einträchtigen, einheitlichen Sammlung unterzuordnen."

In Nr. 40 vom 18. Februar

setzt der Kuryer seinen Kampf gegen die „Gesellschaft für volksthümliche Vorträge, wie folgt fort:

„Wir erhalten in dieser Angelegenheit von geistlicher Seite her sowie von weltlichen Personen immer zahlreichere und dringendere Warnungen. Die Geamtheit ist in hohem Grade durch diese Vorgänge beunruhigt und wünscht sämtliche Einzelheiten über deren Entwicklung zu erfahren. Wir sind uns der vollen Pflicht, die in dieser Angelegenheit uns obliegt, wohl bewußt, und gedenken nicht, uns derselben zu entziehen, selbst wenn wir uns dadurch persönliche Abneigung zuziehen und

ohne Verschulden Grund zum Aerger geben sollten. Amicus Plato, sed magis amica veritas.

Wie uns mitgetheilt wird, hat man uns an gewisser Stelle Folgendes übel genommen: Wir haben darin, daß die „Gesellschaft für volksthümliche Vorträge“ ihre Thätigkeit auf Sonntag Nachmittag 4 Uhr anberaumt hat, die Thatsache erblickt, daß man einen der Kirche abholden Standpunkt einzunehmen gedenke. Man hat nun die Erklärung abgegeben, daß die „Gesellschaft“ diesen Verstoß, der dadurch verursacht worden sei, daß man sich bezüglich der Zeit des Gottesdienstes in Unkenntniß befunden habe, wieder gut zu machen nicht verfehlen werde. Es ist uns sehr angenehm, daß die Sache nach dieser Richtung hin aufgeklärt worden ist; gleichzeitig müssen wir aber bemerken, daß wir keineswegs die rücksichtslose Behauptung aufgestellt haben, diese Einzelheit zeuge von einem antikirchlichen Standpunkt; wir haben lediglich der Annahme Ausdruck verliehen, ob aus jener Thatsache nicht der entsprechende Schluß zu ziehen sei.

Was die Volksaufklärung anbelangt, so ist dies eine so ungeheuer wichtige und heilige Sache, daß ein Verein, der sich damit befassen will, uns die Bürgschaft dafür bieten muß, daß er auf wahrhaft christlichem und katholischem Boden steht, — und diese Bürgschaft heischen wir vor Allem von denjenigen Persönlichkeiten, die an der Spitze des betreffenden Vereins stehen. Was die Personen betrifft, um welche es sich handelt, so erklären wir gern, daß wir ihnen gegenüber keine persönliche Voreingenommenheit, keine Animosität hegen, daß es uns sehr unangenehm gewesen ist, wenn wir sie je persönlich angegriffen haben und daß wir bereit gewesen sind, hierbei begangene Fehler wieder gut zu machen. Aber wenn einzelne von diesen Personen, abgesehen von ihrer Politik, auf kirchlichem und religiösem Gebiet einen so extremen und der katholischen Kirche feindlichen Standpunkt einnehmen, so fragen wir, ob ein Katholik sich überhaupt für einen Volksbildungsverein erwärmen kann, der sich unter einer solchen Aegide einführt? Wir lassen die Personen außer Betracht; denn persönliche Ansichten und Ueberzeugungen muß man achten, so lange sie die Grenzen der persönlichen Ueberzeugungen nicht überschreiten und sich Anderen nicht aufdrängen wollen. Auch in dem vorliegenden Falle möchten wir bezüglich der Personen keine Zweifel äußern, da dieselben uns hierzu keinen Anlaß gegeben haben; es steht uns aber frei, von dem was publici juris ist, Gebrauch zu machen. Herr Dr. Szuman hat, trotzdem wir ihn zweimal hierzu aufgefordert haben, die Urheberschaft der Peter Stroma'schen Broschüre nicht bestritten. (Gemeint ist die vor etwa 3 Jahren in Posen unter dem Pseudonym Peter Stroma erschienene Broschüre „Das Programm des Przeglond Boznanski.“ Red. des Ges.-Ueberbl.) In dieser Schrift hat der Verfasser den Glauben an die göttliche Mission der Kirche abgeleugnet, unsere heilige Kirche einen „Schmarozker“ genannt, „der einen riesigen Schatten auf die Geschichte unseres Vaterlandes geworfen und dessen Organismus durch Gift zersetzt habe,“ und der Kirche vorgeworfen, sie habe sich hinterlistig zum Werkzeug ausrottender, germanisatorischer Instinkte gebrauchen lassen. Noch andere, ähnliche Lasterungen hat der Verfasser in der erwähnten Schrift niedergelegt; doch werden wir sie hier nicht wiederholen, da die oben angeführten ausreichen.

Was haben wir angesichts derartiger Anschauungen eines der Referenten von dessen Vorträgen aus dem Gebiete der Naturwissenschaften zu erwarten, und was wird weiter werden?

Wir müssen auch dem Dziennik Boznanski Recht geben, wenn er zu bedenken giebt, daß die Inangriffnahme dieses Bildungswerkes von den Männern ausgeht, welche die Seele des Przeglond Boznanski gewesen sind. Es ist doch allgemein bekannt, daß die Herren Bernhard v. Czarnowski und Dr. Krysiwicz sogar der Redaktion dieser Wochenschrift angehört haben. Dieser Umstand muß uns ebenfalls mit Befürchtungen erfüllen, auch mangelt es in dem von diesen Herren bekannt gegebenen Programm an jeder Bürgschaft mit Bezug auf die Fragen, die für uns prinzipielle und sehr heilige sind. Weshalb unterstützt man mit solcher Begeisterung allerseits unsern Volksbibliothekenverein? Weil an dessen Spitze Leute stehen, welche die absolute Bürgschaft dafür bieten, daß nichts in die Hände des Volkes gelangen wird, was der Lehre der Kirche zuwider wäre. Wir bitten daher nochmals, die Sache nicht persönlich oder als den Ausdruck einer in unserer Redaktion vorhandenen Abneigung aufzufassen! Wir wiederholen, daß wir alle Achtung vor dem guten Willen und vor den guten Absichten haben, und daß wir bereit sind, diese Sache aus vollem Herzen zu unterstützen, sobald wir dessen sicher sein werden, daß die von diesen Herren propagirte Volksaufklärung weder mittel- noch unmittelbar der wichtigsten Grundlage entbehren wird, die wir bis zum Aeußersten vertheidigen müssen, wenn wir nicht rettungslos verloren gehen wollen.

Aus Nr. 40 des Wielkopolanin
vom 18. Februar 1899:

Ueber die polnischen Vereine schreibt die Posener Zeitung. Es scheint, als ob dieses Blatt die Absicht hat, noch mehrere Artikel in dieser Angelegenheit zu bringen. Der erste Artikel richtet sich gegen den Verein zur Unterstützung der lernenden Jugend, unter dem Namen Karl Marcinkowski-Verein. Die Posener Zeitung bekämpft seit einigen Monaten diesen Verein, welcher die erhabenen Ziele, nämlich Aufklärung, erstrebt. Warum dies geschieht, darüber braucht man nicht zu schreiben.

Nur eins muß man aus dem Artikel der Posener Zeitung herausgreifen. Das Blatt muß trotz aller Angriffe gegen den polnischen Verein zugestehen, daß unsere Vereine keine politischen Vereine sind und sich mit Politik nicht befassen. Höchstens dort, wo an der Spitze unerfahrene Leiter stehen. Aber die Posener Zeitung fügt auch sogleich hinzu: „Und wenn von Seiten der Behörden die Vereinsthätigkeit der Polen mit strenger Aufmerksamkeit verfolgt wird, so geschieht es wirklich nicht deshalb, weil man in den betreffenden Vereinen politische Umtriebe vermuthet, sondern lediglich, weil man überzeugt ist, daß auch das „unpolitische“ Wirken der polnischen Vereine für das Deutschthum, wenn auch nicht unmittelbare Gefahren, so doch derartige Schädigungen im Gefolge hat, daß die erhöhte Aufmerksamkeit der Behörde den polnischen Vereinen gegenüber vollauf berechtigt erscheint.“

So schreibt die Posener Zeitung.

Der Sinn dieses Satzes ist folgender: „Du kannst, lieber Bruder, der ruhigste Unterthan des Königs von Preußen sein, weil Du aber Pole bist, deshalb ist dein Dasein eine Gefahr für das Deutschthum. Mit einem Wort, du nimmst die Luft weg und verfinsterst die Sonne der privilegierten deutschen Rasse, darum fort mit Dir!“

Das, was die Posener Zeitung da geschrieben hat, ist das Glaubensbekenntniß der H.-K.-Listen, wir wissen also, aus welcher Quelle die Artikel stammen. Interessant ist auch, was die Posener Zeitung über die Hebung der Industrie und des Handels bei uns schreibt.

„Die Polen, so schreibt die Posener Zeitung, wollen durchaus reich werden, es ist dies auch ihr Ziel!“ Also die Polen allein wollen sich bereichern! Die „ehrlichen“ Deutschen und die noch „ehrlicheren“ Juden haben sich also zur Armuth verschworen — und haben entsagt, Schätze zu sammeln.

Der Philosoph, der das an die Posener Zeitung geschrieben hat, ist fürwahr ein Prachtkerl.

Es ist wohl der einzige Mensch, welcher es für ein Verbrechen hält, wenn die Staatsbürger durch Arbeit und Fleiß zu ihrem Glück gelangen wollen.

Aber lieber Philosoph von der Posener Zeitung, wir wollen dir einmal sagen, daß das Streben, Hab und Gut zu erwerben, allgemein vorhanden ist, und daß zweitens der preussische Staat ein solches Streben so eifrig wie nur möglich unterstützen muß. Denn erstens, je reicher der Bürger, umso reicher der Staatsschatz, und zweitens, ein richtiger „Groschenmacher“ läßt sich auf keinerlei politische Machinationen ein. Wenn es sich also so verhält, wie die Posener Zeitung es hinstellt, dann kann das deutsche Vaterland ruhig sein. Wir wissen jedoch, worauf es der Posener Zeitung ankommt. Dieses Blatt weiß, daß der Pole opferwillig ist, und das ärgert sie. Nun, ihr Herren Deutschen! Wer hindert euch denn daran, opferwillig zu sein! Macht doch einmal eure Taschen auf! Sammelt doch auch Beiträge für evangelische Kirchen, für Krippen und dergleichen ähnlichen Einrichtungen! Wer hindert euch daran?

Ihr Herren Deutschen seid jedoch in der glücklichen Lage, daß ihr opferwillig nicht zu sein braucht, denn ihr habt eine mächtige, um euch besorgte Regierung, welche Alles für euch thut.

Wo sich nur immer einige Deutsche, und insbesondere Evangelische niederlassen, dort entsteht gleich eine Schule — und ihr folgt sogleich eine protestantische Kirche! Wenn einem „Rittergutsbesitzer“ und noch dazu Leutnant der Reserve ein „Unglück“ passiert, wenn er nach einem Leben in Sauf und Braus aus dem Dorfe verschwindet, so stehen ihm nicht eine, sondern hundert Stellen offen. Der H.-K.-Tismus braucht ja doch immer Generalsekretäre und Sekretäre für die Ortsgruppen, „schneidige“ Agitatoren, die Ansiedelungskommission Gutsverwalter, die Distrikte Kommissare, die Postanstalten Postmeister u. s. w. Die Stellen wachsen wie die Pilze aus der Erde nach einem Regen und den Deutschen ergeht es auf diesen Posten gut. Die Polen dagegen erhalten kaum die Brosamen, welche von dem Tische des Reichen fallen. Nachtwächter — eine Würdenstellung voller Verantwortung, Briefträger, ein einträglicher, aber nicht sicherer Posten, Bahnwärter, eine würdige angenehme Stellung — auf diesen einträglichen, hohen und würdigen Posten kann man Polen finden. Und wenn aber jemand gegen einen deutschen Beamten nur einmal einen Finger krümmt, dann erhebt sich gleich ein Geschrei, als ob Gott weiß was geschehen wäre.

So stellt sich unsere, der Polen, Lage dar — und wie steht es mit eurer Lage, ihr Herren Deutschen? Euch fliegen die gebratenen Tauben von selbst in den Mund, **wir aber müssen sie uns nicht nur allein braten, sondern auch fangen.** Wir machen selbst auf die „Tauben“ keine Jagd mehr, sondern sind froh, wenn

wir unser tägliches Brot verdienen. Soviel zur Aufklärung der großen Enthüllung und des großen Verbrechens, daß die Polen sich bereichern wollen.

Sehen wir zu, was die Posener Zeitung weiter schreibt. Die Posener Zeitung führt Beispiele dafür an, daß die Polen reich zu werden trachten.

„In Schrimm z. B., wo noch vor 20 bis 30 Jahren fast sämtliche Gewerbetreibende deutscher Nationalität waren, befinden sich heut nur noch die Apotheke und ein Uhrengeschäft in deutschen Händen; der einzige deutsche Handwerker ist ein Schneidermeister; die übrigen Geschäfte und Handwerksbetriebe liegen in polnischen Händen. Eben solche Zustände herrschen in Snowrazlaw. Früher gab es dort 16 deutsche und zwei polnische Kolonialwaarengeschäfte, heute giebt es deren sieben deutsche und zehn polnische. Ebenso ist die Zahl der polnischen Aerzte gewachsen.“

Soweit die Posener Zeitung.

Sie schreibt die Zunahme der polnischen Industrie der Thätigkeit des Marcinkowski-Vereins zu. Aus den angeführten Beispielen zieht dieses Blatt den Schluß, daß das Deutschthum niedergehe. Das Deutschthum geht indessen nicht nieder, denn der beste und unwiderleglichste Beweis hierfür ist die Zunahme der deutschen Stimmen, was sich bei den letzten Wahlen zeigte. Ferner hat nicht der Marcinkowski-Verein den polnischen Handel und die polnische Industrie gehoben, sondern die harte Nothwendigkeit. Man will leben! Die Aemter sind für uns ja fast ganz verschlossen, man muß daher zur Elle greifen, zum Hammer, der Nello oder einem anderen Werkzeug, um sich seinen Lebensunterhalt zu verschaffen. Das ist lediglich der Hauptgrund für das Anwachsen der Industrie und des Handels bei uns. Die Thätigkeit des Marcinkowski-Vereins ist nur ein Tropfen im Meere, aber wenn es auch noch zehnmal so viele Fonds gäbe, so würden wir damit nichts ausrichten, wenn nicht die Lebensbedingungen uns dazu nöthigten, unser Brot in der Industrie und im Handel zu suchen. Es ist ein Nonsens, zu behaupten, daß auf künstliche Weise eine Bewegung hervorgerufen werden kann; eine solche kann wohl eine Zeitlang anhalten, wenn sie aber keine natürliche Grundlage findet, wird sie selbst in sich zusammenfallen. Die Deutschen machen sich an den kleinen Handel und das kleine Handwerk nicht heran, denn sie befinden sich in Amtsstellungen wohler und behaglicher. Die schwere Arbeit überlassen sie Denjenigen, welche, wie die Dinge einmal liegen, von dem Tische des Reichen verstoßen sind. Der Sohn eines kleinen deutschen Handwerkers oder Arbeiters tritt z. B. beim Militär ein, verdient sich dort eine gewisse Charge, und nachdem er seine Pflichtjahre abgedient hat, kehrt er zum Handwerk oder ins Geschäft nicht zurück, sondern er erhält als „Königlicher Mensch“ ein Amt. Und es geht ihm dort gut. Gewöhnlich endet ein solcher Beamter seine Karriere mit dem Titel „Kanzleirath“ oder „Rechnungsrath“ und erhält eine schöne Pension. Der Sohn des Herrn „Kanzleiraths“ läßt sich schon zu einem Handwerker nicht mehr herab, auch tritt er in kein Geschäft mehr ein, sondern er geht zum Militär, oder er wendet sich der höheren Beamten-Laufbahn zu.

Und was geschieht mit den Söhnen unserer Handwerker und Arbeiter? Wenn unsere jungen Leute zum Militär eintreten, hören sie Komplimente nach der Art, wie sie der Abgeordnete v. Gzarlinski s. B. in so anerkennender Weise und scharf getadelt hat. Es ist bekannt, daß der Abgeordnete v. Gzarlinski

dargethan hat, daß die polnischen Rekruten oftmals „polnische Hunde“ genannt werden. Unsere jungen Leute sind froh, wenn sie vom Militär entlassen werden und kein Amt ihrer wartet, suchen sie sich sonst irgendwo Arbeit. Wenn der junge Mann fleißig und sparsam ist, erspart er sich einige Groschen und kauft entweder ein Grundstück oder ein Handelsgeschäft. Wenn er ein Handwerk gelernt hat, dann legt er sich selbst eine Werkstätte zu. Und wenn selbst einer von den Unsrigen eine Charge erlangt hat, so findet sich für ihn nur schwer eine Stellung, und bei jeder besten Gelegenheit fliegt er aus dieser heraus.

So entwickeln sich bei uns die Verhältnisse, und auf einer solchen Grundlage entwickelt sich unser Handel und unsere Industrie. Mögen daher die Deutschen nicht von irgend einer Agitation faszeln. Ihr System ist die beste Agitation.

Aus Nr. 42 des Dziennik Poznański
vom 21. Februar 1899:

Die polnische Sprache genirt die Regierung nicht.

Zu dieser kürzlich im Abgeordnetenhaus gefallenen Aeußerung des Herrn Vizepräsidenten des Staatsministeriums v. Miquel bemerkt heute der Dziennik Poznański Folgendes: „Wir sind sicherlich weit davon entfernt, dem Herrn Vizepräsidenten den Vorwurf der Heuchelei zu machen, doch müssen wir aufrichtig gestehen, daß vorstehende Aeußerung Allem dem gegenüber, was seitens der Regierungsbehörden in unseren Landestheilen geschieht, uns unverständlich und räthselhaft ist. Den durch Beweise und Thatfachen erhärteten Ausführungen unseres Abgeordneten gegenüber, welcher ein grolles Bild der sogenannten Polenpolitik der preußischen Regierung seit der Einverleibung der ehemals polnischen Landestheile vor die Augen führte und zeigte, wie man die uns zustehenden und uns durch internationale Verträge und durch in die Gesetzsammlung eingetragene königliche Verheißungen garantirten Rechte auf Schritt und Tritt gekürzt habe, wie man sogar verfassungsmäßige Bestimmungen durch Ausnahme-Gesetze überschritten habe, fand der Herr Minister keine andere, als die aus dem Bismarckschen und hakatistischen Arsenal entliehene Antwort, die Regierung müßte sich gegen die gegen das Staatsganze gerichteten Attentate vertheidigen. Welche Bedeutung, welche Tragweite und welches Gewicht sollen wir solchen Gemeinplätzen beimessen: daß Niemand den Polen polnisch zu sprechen verbiete, daß es wünschenswerth sei, daß sich auch die unter uns lebenden Deutschen die polnische Sprache aneigneten, daß diese Sprache die Regierung garnicht genire, wenn die Schulinspektoren an die polnischen Lehrer das amtliche Verlangen stellen, daß sie in ihrem eigenen Hause, in ihrer Familie sich der deutschen Sprache bedienen sollen; wenn bei Gerichtsverhandlungen Diesenigen, die der deutschen Sprache nicht genügend mächtig sind und auf ihrem Recht bestehen, in ihrer Muttersprache durch einen Dolmetscher vernommen zu werden, von den betreffenden Gerichtshofsvorsitzenden in Freiheits- oder Geldstrafen genommen werden? Als sich vor Jahren unsere Abgeordneten im preußischen Landtage auf die Vorbehalte beriefen, die uns die Erhaltung unserer Nationalität, den Gebrauch unserer Muttersprache bei den Behörden und in der Schule zusicherten,

nahm Fürst Bismarck keinen Anstand zu behaupten, daß das Sichberufen auf jene Vorbehalte und königlichen Verheißungen auch nicht einen Pfifferling werth sei. Welchen Werth können da die Gemeinplätze des Ministers v. Miquel haben, daß die Muttersprache nur nicht zu Agitationszwecken mißbraucht werden solle? Wenn die Aeußerung des Vizepräsidenten des Ministeriums nicht als eine gelegentliche Redensart und Bemäntelung gerade entgegengesetzter Bestrebungen betrachtet werden soll, so müßte die logische Schlußfolgerung davon die sein, daß der polnischen Sprache, als der Muttersprache der großen Mehrheit der Bürger unserer Landestheile, vollständige Freiheit gegeben werde, welche thatsächlich die Regierung nicht derartig geniren müßte und könnte, um durch Verfügungen der Verwaltung- oder Schulbehörden in Familie, Schule oder bei Behörden beseitigt zu werden. Was soll endlich der Zusatz bedeuten, die polnische Sprache solle nicht der dem Staate feindlichen Agitation dienen? Eine lebende Sprache, welcher sich einige Millionen Menschen bedienen, die sie als ihr Eigenthum betrachten und die eine reiche Literatur besitzt, kann doch nicht an einem unzugänglichen, unterirdischen Orte versteckt werden, von welchem aus sie Diejenigen, die eine andere Sprache sprechen, nicht unangenehm berühren kann. Der Herr Vizepräsident des Staatsministeriums weiß doch recht gut, daß die Agitation als solche eigentlich mit der Sprache nichts zu schaffen habe. Diejenige Agitation übrigens, die Recht und Gerechtigkeit fordert, kann weder verdammenswerth sein, noch durch irgend ein Gesetz verboten werden, im Gegentheil, sie muß und wird so lange wachsen, bis unter uns das Gefühl der Zurücksetzung, die am schmerzlichsten gerade dort sich fühlbar macht, wo sie sich gegen den theuersten Schatz einer jeden Nation, die Muttersprache, richtet, erstorben sein wird. Möchte doch der Herr von Miquel, der heutzutage der einflußreichste Staatsmann in Preußen und in Deutschland ist, in der Regierungspraxis die Schlußfolgerung seiner Aeußerung, die polnische Sprache genire die Regierung nicht, ziehen, möchte er dies wirklich und in gerechter Weise thun und wir können ihm die Versicherung geben, daß auch die Agitation, welche er so fürchtet, nachlassen und vielleicht gänzlich aufhören werde.“

Aus Nr. 39 des Wielkopolanin
vom 17. Februar 1899:

Ein neuer Boykott seitens der S.-K.-List.

Im preußischen Landtag ergriff vor ungefähr einer Woche der Abgeordnete General-Landschaftsdirektor von Staudy aus Posen das Wort und legte dar, daß er kein Mitglied des S.-K.-Listens-Vereins sei, trotzdem vertheidigte er diesen aber sehr eifrig, indem er ihn als einen Privat- und nicht als einen politischen Verein bezeichnete. Er machte den Polen den Vorwurf, daß sie sich unbilliger Weise über den Zweck beschwerten, welchen sich dieser Verein gesteckt habe, denn er habe nur die Entwicklung des Deutschthums im Auge und denke garnicht daran, die Polen anzugreifen. Der S.-K.-Listemus sei kein Kampfverein, die S.-K.-Listens wollten nur das Deutschthum vertheidigen. In ähnlicher Weise, wie ein Echo von Herrn von Staudy trat gestern das Posener Tageblatt mit einem Artikel hervor, in welchem es die schneidigen Worte des

Herrn von Staudy und diejenigen des Ministerpräsidenten von Miquel lobte, welche als eine Erwiderung auf die Rede des Abgeordneten Pfarrer von Jazdzewski anzusehen und aus jeder Rede dieser Herrn klingt der Gedanke heraus, daß die Deutschen bei uns sich unter einem ungeheuren Drucke des Polonismus befinden, welcher vorwärts strebt und alle ihm von den Deutschen bereiteten Hindernisse niederschmettert.

Trotzdem verfolgt der H.-R.-Zismus sehr unschuldige, nämlich nur Vertheidigungszwecke. Wie diese Abwehr sich öffentlich darstellt, dafür haben wir folgenden Beweis:

Die Filiale des H.-R.-Zisten-Vereins in Ostrowo hat an die deutschen Kaufleute folgenden Aufruf erlassen:

Bezirksgruppe Ostrowo Im Februar 1898.
des Vereins
zu Förderung des Deutschthums
in den Ostmarken.

Wie in anderen Städten unserer Provinz, soll auch hier eine Liste deutscher Geschäfte u. s. w. herausgegeben werden, welche insbesondere neu hinzuziehenden kaufkräftigen Deutschen zugestellt werden soll.

Es wird beabsichtigt, in diese Liste auch ihre Firma aufzunehmen. Falls bis zum 15. d. Mts. eine Antwort auf dieses Schreiben an den Unterzeichneten nicht eingegangen ist, wird dies als Zustimmung ihrerseits angesehen werden.

S. A.
Adolf Binder,
Schatzmeister.

Wenn Herr von Staudy dies gelesen hat, dann wird er sicherlich bei sich denken: Welche Unvorsichtigkeit! Ich vertheidige im Landtage ihre verführerische Gesinnung und sie benehmen sich, wie der Igel in der Maulwurfshöhle! — indem sie bei dieser unschuldigen Beschützung des Deutschthums die Stacheln sträuben.

Im Anschluß hieran schreibt die Gazeta Ostrowska in Nr. 21 vom 18. Februar 1899:

Eines Kommentars hierzu bedarf es wohl nicht. Nicht die Polen boykottiren die Deutschen, sondern die Deutschen die Polen, und solange die einzelnen deutschen Kaufleute in den Zeitungen nicht öffentlich publiziren, daß sie dem H.-R.-Zisten-Verein nicht angehören, müssen wir sie verdächtigen, daß sie sich alle solidarificiren, und wir müssen ihre Geschäfte meiden, da es nicht angemessen ist, für Brot einen Stein zu bringen. Der Selbsterhaltungstrieb gebietet uns, unsere Kräfte nach jeder Richtung hin zu sammeln, alle Ausflüsse dieser unserer Lebenskraft zu verstopfen, und die Gesamtheit im Innern zu stärken, damit wir um so sicherer und erfolgreicher der uns drohenden Hochfluth die Stirn zu bieten vermögen und uns nicht niederbeugen lassen. Nicht wir, sondern unsere deutschen Mitbürger, mit welchen wir immer in Eintracht zu leben gesucht haben, warfen uns den Handschuh vor die Füße. Wer dies nicht spürt, der ist verloren, den aufzurütteln, ist schade um die Zeit. So lange sich die Verhältnisse nicht ändern, müssen wir mit gespannter Aufmerksamkeit nur unsere Landsleute unterstützen. Lernen wir dies vom feindlichen Lager!

Und nun, was sagen hierzu die Herrn von Miquel und von Staudy und deren Gesinnungsgenossen? Wollen sie Angesichts des obengenannten schätzbaren Dokuments uns gegenüber noch Ausreden gebrauchen? Wird jetzt noch Jemand zu behaupten wagen, daß die Deutschen die Polen nicht boykottiren?

Kann es uns Jemand verargen, daß wir Angesichts des uns drohenden Schreckgespenstes der Aus-

hungerung unsere Hände nicht unthätig falten, sondern ans Werk gehen? Oder sollen wir in der Fülle unserer Kraft, ungeachtet unserer Denkfähigkeit, bei unseren Wünschen und dem uns befehlenden Drange zum Guten, in Schweigen und Demuth uns gleichsam einem fatalistischen Urtheilspruch hingeben? Sollten wir uns, wie die Anhänger Buddhas auf dem Felsen unseres Unglücks niederlassen und unser moralisches Sein durch Resignation ertödteten? Nein! Das werden wohl selbst unsere ärgsten Feinde von uns nicht erwarten.

Aus Nr. 21 der Gazeta Ostrowska
vom 18. Februar 1899:

Krotoschin, den 16. Februar 1899.

Kauft bei Euren Landsleuten! dieses Lösungswort haben alle Nationen erlassen, nur die polnische Nation kann noch nicht begreifen, daß sich eine Nation nur durch gegenseitige Unterstützung zu heben und allen Versuchungen und Angriffen kühn die Stirne zu bieten vermag. Suchen wir Beispiele hierfür nicht in der Ferne, sondern blicken wir nur einmal auf die Tschechen, welche trotz vieler Heimsuchungen heut eine Nation sind, mit welcher man rechnen muß. Die Tschechen haben es sich mehr wie jede andere Nation zur Aufgabe gemacht, sich gegenseitig zu unterstützen und nachdem sie eine auf kräftiger Grundlage fundirte Stellung eingenommen haben, blicken sie mit Stolz auf das vollendete Werk.

Was hat die polnische Nation dagegen bisher Großes vollbracht? Nichts! Ihr einziger Vorzug besteht darin, in den Vereinen zu lärmen, und bei diesem Lärmen bleibt es auch gewöhnlich. Leider merken wir nicht, daß die Zeit mit raschem Fuße dahin eilt, und wir, die wir aus dem Schlaf, in welchem uns unsere Vorfahren gelassen haben, nicht aufwachen können, bleiben das, als was uns der Herrgott geschaffen hat, arm und dünnlich, und gönnen unseren Landsleuten nichts. Hiermit werden wir indessen nicht weit kommen. Unsere Busenfreunde haben uns schon ausgekauft und immer mehr polnischer Erde wird unter den Füßen fortgerissen. Wer weiß, was für Hagel noch sonst auf uns niederprasseln wird.

Wenn wir jedoch zusammenhalten und uns gegenseitig unterstützen werden, dann werden wir ein Ganzes bleiben. Auch auf den polnischen Kaufmannsstand und die polnische Industrie sind aller Augen gerichtet, deshalb ist es unsere heilige Pflicht, nicht nur mit allen Kräften unsere Kaufleute und Industriellen zu unterstützen, sondern auch die Unerfahrenen und Lässigen in leutseliger Weise zu belehren, daß jeder nur bei seinen Landsleuten kaufen dürfe. Wenn wir selbst nichts besitzen werden, dann werden die Fremden uns sicherlich nicht helfen.

Bedenken wir, wieviel Geld doch aus unseren Händen in fremde Hände übergeht, und Gott soll uns dann nicht strafen, wenn er solche Leichtfertigkeit sieht, bedenken wir auch, daß die Aufgabe des polnischen Kaufmanns und Industriellen um soviel schwieriger ist, als dieser das frühere Vorurtheil beseitigen und den Forderungen eines Jeden Genüge leisten muß. Wie wir die polnischen Kaufleute manchmal behandeln, das überschreitet oft menschliche Begriffe. Wir verlangen, daß der polnische Kaufmann unsere Gedanken errathen möchte, denn wir verurtheilen ihn manchmal wegen eines unüberlegten Wörtchens und wir bringen noch andere von ihm ab.

Ist das recht? Gehen wir in uns und sagen wir uns, daß wir von den polnischen Kaufleuten zu viel verlangen, während wir den Kaufleuten der anderen Nationalität Alles hingehen lassen. Mit welchen nur möglichen und unmöglichen Mitteln wir danach trachten, die Existenz der polnischen Kaufleute zu unterminiren, das braucht wohl hier nicht erst erwähnt zu werden.

Ans Werk daher, ihr Brüder! Trachten wir es für unsere heilige Pflicht, den Kaufmannsstand, soweit das möglich ist, zu heben, bleiben wir in Thaten und guten Absichten nicht hinter anderen Nationen zurück, verzeihen wir manchem Kaufmann, wenn er uns mit einem rauhen Wort verletzt hat, verzeihen wir uns lieber in seine Lage und rufen wir: Gottes Wille geschehe, ich werde trotzdem nur in ein polnisches Geschäft gehen, denn so gebietet mir mein Gewissen!

Möchten doch Alle Umkehr halten und meine Worte euch zu Herzen dringen! Darum beschwöre ich euch, geliebte Brüder!

Ein Landsmann aus Krotoschin.

Aus Nr. 8 der Praca
vom 19. Februar 1899:

Mit derselben Waffe.

In unseren Verhältnissen müßten wir vor allen Dingen den Deutschen in ihrem nationalen Chauvinismus nachahmen. Wenn sie, im Besitz der politischen Existenz, in ihrem Chauvinismus bis zur Unsinnigkeit sich versteigen, so müssen wir zu unserm eigenen Schutze daselbe thun. Bismarck wollte nicht einmal mit lateinischen Buchstaben gedruckte Zeitungen lesen; die Regierung verwandelt polnische Orts- ja sogar Straßenbezeichnungen in deutsche, dies ist für uns eine Lehre, daß es auch uns nicht gestattet ist, Kleinigkeiten gering zu schätzen. Aus Kleinigkeiten setzt sich übrigens das Ganze zusammen. Wer sich daran gewöhnt, auf Kleinigkeiten nicht zu achten, der wird zuletzt garnicht merken, wie und wann er ganz in die deutsche Haut hineinschlüpft. Wir lachen über die Juden, die an ihren oftmals anscheinend ganz merkwürdigen Vorschriften festhalten und doch war Moses, der sie erließ, ein großer Kenner der schwachen menschlichen Natur. Wir sehen oft, daß ein Jude, der erst anfängt, den Milchtopf zum Fleisch zu gebrauchen, bald Schweinefleisch ißt und schließlich ganz konfessionslos wird. Um daher unsere Widerstandskraft gegen den deutschen Druck zu stärken, müßten wir streng auf alles Das achten, was unser Sondermerkmal bildet und das die Scheidewand zwischen dem slavischen und dem germanischen Charakter noch mehr erhöht. Vor allen Dingen muß natürlich die Muttersprache gepflegt werden, doch damit hat unsere nationale Pflicht noch nicht ihr Ende erreicht. Wir müssen nicht nur unsere alten Sitten und Gebräuche erhalten, sondern uns auch keine deutschen aneignen und sollte es sich auch nur um eine Kleinigkeit, vielleicht nur um die Küche handeln. In vielen Fällen schadet uns sehr der verderbliche Grundsatz, daß Einer allein nichts ausrichtet. Das ist falsch. Möge sich Niemand nach Anderen umschauen, sondern seine Pflicht thun und das Ganze wird sich von selbst zusammensetzen. Ich werde mir erlauben, hier ein vielsgedendes und belehrendes Geschichtchen anzuführen. Einem Rabbiner wurde eine Tochter geboren. Die jüdische Gemeinde be-

schloß in Anerkennung der Verdienste ihres Weisen, jeder Jude dieses Städtchens solle ihm eine Flasche Wein zum Geschenk machen. Dieser Wein, in ein Faß gegossen, sollte gelegentlich der Hochzeit der Neugeborenen getrunken werden. Und so geschah es auch. Der Hochzeitstag kam heran. Der Rabbiner öffnet die Tonne und kostet, doch verzieht er das Gesicht, denn der Wein hat einen merkwürdigen Geschmack und Geruch. Es stellte sich heraus, daß ein Jeder der Geber, ähnlich wie wir in vielen Fällen, die Schlußfolgerung zog: „Wenn ich allein eine Flasche Wasser in die Tonne hineingieße, so wird man das nicht merken.“ Und so kam es, daß nach 15 Jahren in der Tonne übelriechendes Wasser, anstatt Wein vorgefunden wurde. Solchen Schlüssen begegnen wir leider auf Schritt und Tritt. Nehmen wir z. B. den jetzigen Fall mit dem Theater an. Unsere Gesellschaft weiß es natürlich recht gut, daß wenn wir Alle in die deutschen Vorstellungen gehen wollten, es mit uns schlecht bestellt sein möchte und doch besuchen Viele „Halka“, denn sie sprechen ähnlich, wie jene Juden mit dem Wein. Indeß aber triumphiren die Deutschen, daß ihnen der Spaß gelungen ist. Für sich führen sie doch die „Halka“ nicht auf, sondern nur, um uns anzulocken und unsere polnische Bühne zu schwächen. Sie hoffen, daß wenn die polnische Meinung mit der deutschen Bühne sich erst bekannt gemacht haben wird, die Polen auch ohne die „Halka“ das Stadttheater besuchen werden. Machen wir uns doch in ihren Augen nicht dadurch lächerlich, daß wir uns so leicht wie die Kinder anführen lassen. Seien wir vorsichtiger und ahmen wir den Deutschen in ihrem Chauvinismus, sogar in Bezug auf die Kleinigkeiten nach, möge sich Niemand auf seinen Nächsten verlassen, sondern auf seine Art handeln. Namentlich halten wir fest an unseren nationalen Sitten und Gebräuchen, insbesondere an denjenigen, die nur in Polen allein bekannt sind, dagegen hüten wir uns davor, uns deutsche Sitten anzueignen. Nach diesem Grundsatz müßten wir uns bei jeder Gelegenheit richten, sowohl im gewöhnlichen Alltagsleben, als auch an allen Feiertagen. Wir haben ja so viele schöne, poetische Gebräuche, daß wir keinesfalls bei den Deutschen eine Anleihe zu machen brauchen.

Aus Nr. 71 des Dziennik Kujawski
vom 12. Februar 1899:

Mordende Zivilisation!

Unter diesem Titel erhalten wir von sehr angesehenen Seite folgende interessante Korrespondenz: „In einem Dorfe in der Nähe von Argenau — den Namen will ich nicht nennen — ereignete sich ein trauriger Vorfall. Der 13jährige Knabe eines Dominalknechts, welcher von seiner Mutter in den Keller nach Kartoffeln geschickt worden war, lud sich aus freien Stücken eine allzugroße Last auf und erkrankte infolgedessen. Schon an demselben Tage klagte er über Schmerzen in der Seite und tags darauf wurde er in der Schule gänzlich krank. Der aus der benachbarten Stadt herbeigerufene Arzt konstatierte einen Bruch und verschrieb zweierlei Arzneien, eine zum Einreiben und die andere zum Einnehmen. Die Vorschriften im Rezept, die Art und Weise der Anwendung der Arzneien betreffend, hat er leider in deutscher Sprache gegeben. Der Bote, welcher nach der Arznei in die Stadt geschickt worden war, kehrte spät Abends zurück.

Die Eltern des Knaben verstanden die deutsche Gebrauchs-Anweisung nicht. Die Nachbarn schloßen schon, kurz, es war nicht möglich, von irgend Jemandem Rath und nähere Anweisung einzuholen. Es wurde lange hin und herberathen, endlich — weil der Knabe immer mehr stöhnte — wurde ihm die Arznei aufs Gerathewohl eingegeben! Jedoch man hatte sich geirrt. Der Knabe nahm das ein, womit er eingerieben werden sollte und man rief ihn mit der Flüssigkeit zum Einnehmen ein. Da natürlicher Weise eine Besserung nicht eintrat, der Kranke sich im Gegentheil immer schwächer fühlte, schickte man noch einmal nach dem Arzt. Dieser merkte das geschehene Versehen zum Glück noch rechtzeitig und läßt den armen Knaben so rasch wie möglich ins Krankenhaus schaffen.

Bemerkt muß werden, daß sowohl der Arzt, als auch der Apotheker Polen von Geburt sind. Der Arzt hat die Art und Weise der Anwendung der Medizin in deutscher Sprache unter dem Drucke der Behörden — dem Drucke von Bestimmungen vorgeschrieben, welche dies verlangen (?) und vielleicht auch deshalb, weil er sich keinen Unannehmlichkeiten aussetzen und seine Praxis auf diesem einem Deutschen gehörigen Gute nicht verlieren wollte. Und welches Resultat ist hieraus entsprungen? Eine arme polnische Familie, ein armes polnisches Kind hätte beinahe für dies Alles büßen müssen, Dank dieser Vorschriften und Forderungen hätte es bis zum andern Morgen leicht sein Leben auf häßliche Weise lassen können. Und dieser Tod hätte ihm unabwendbar bevorgestanden, wenn das Einreibemittel, wie dies oft der Fall ist, Gift enthalten hätte. So also vergiftet — in des Wortes reinster Bedeutung — die vielgerühmte Kultur und die uns aufgedrängene deutsche Zivilisation die an und für sich schon kümmerliche Lebenskraft unseres Volkes.

So führen die Vorschriften, welche die polnische Sprache von jedem Gebiete ausschließen, zu solchen Vorkommnissen, wie das obenerwähnte ist, zu einer todbringenden Zivilisation."

Soweit unser Korrespondent. Einige weitere Bemerkungen von ihm über das heutige System, welche eine leicht begreifliche Erbitterung in sich schließen, lassen wir aus bekannten Gründen hier unerwähnt. Wir stimmen mit dem verehrten Korrespondenten darin überein, daß die Hauptschuld in diesem Falle auf die Erlasse zurückzuführen ist, durch welche sogar auf die Apotheken ein gewisser Zwang beziehungsweise Druck ausgeübt wird. Trotzdem können wir uns einiger Bemerkungen nicht enthalten, welche sich uns gewaltsam aufdrängen. So wundert es uns sehr, daß ein polnischer Arzt, wie der verehrte Korrespondent uns mittheilt, die Gebrauchs-Anweisung der Medizin für eine polnische Familie in deutscher Sprache geschrieben hat. Das hat von ihm kein Gesetz, keine Verordnung verlangt! Er hat das augenscheinlich mit Rücksicht auf den deutschen Besitzer des Gutes gethan, vielleicht deshalb, um dort seine Praxis nicht zu verlieren — aber unserer Ansicht nach hat er nicht richtig, nicht passend gehandelt. Auch die Sorgen ums Brod, ums Wohlergehen haben ihre Grenzen, welche man nicht überschreiten darf.

Den Apotheker trifft keine Schuld. Er ist verpflichtet, die Bezeichnung der Arznei in derjenigen Sprache wiederzugeben, welche im Rezept zur Anwendung gekommen ist. Schließlich lenken wir die Aufmerksamkeit noch auf einen Punkt. Das Rezept ist Eigenthum desjenigen, für welchen es ausgestellt worden ist, und in dieses Eigenthum hat Niemand das Recht, sich einzumischen. Wenn daher der Besitzer des Rezepts glaubt, daß er die deutsche Vor-

schrift nicht versteht, und daß infolgedessen für den Kranken ein Nachtheil entstehen könnte, so hat er das volle Recht, von dem Apotheker zu verlangen, daß er ihm die deutsche Gebrauchs-Anweisung ins Polnische übertrage, und diese in polnischer Sprache auf der Arznei bezeichne. Der Apotheker muß diesem Verlangen, soweit dies möglich ist, stattgeben, und die Aufsichtsbehörde hat kein Recht, ihn deswegen zur Rechenschaft zu ziehen, weil dies eine einfache, gewöhnliche Vereinbarung zwischen dem Apotheker und dem Käufer der Arznei ist.

Rechtlich ist es daher nicht möglich, die polnischen Signaturen zu verbieten. Das kann vielleicht nur die Chikane fertigbringen, mit welcher heut diejenigen Aerzte und Apotheker verfolgt werden, welche sich zum Wohle der polnischen Bevölkerung, deren Leben und Gesundheit wegen, der Muttersprache der polnischen Patienten bedienen. Aber ebenso haben sowohl die Aerzte wie auch die Apotheker die Pflicht, diesen Chikanirungen kühn die Stirn zu bieten, wenn es sich um so wichtige Dinge, wie das Leben und die Gesundheit von Menschen handelt.

Dies ist ein neues Beispiel dafür, zu welchen Folgen der selbst auf das Gebiet der Heilkunde übertragene Chauvinismus führen kann.

Aus Nr. 38 des Goniec Wielkopolski
vom 16. Februar 1899:

In Kempen ist eine Volksbank,

e. G. m. b. H. gegründet worden. Sie ertheilt nur Mitgliedern einen Personalkredit, d. h. Jeder muß, bevor er ein Darlehen aufnimmt, Mitglied der Genossenschaft werden. Den Bankvorstand bilden die Herren: Dr. Trzcinski, Dr. Daszkiewicz und Schuhmachermeister Zimoch. Die Bank giebt Darlehen zu 5½ Prozent, zahlt von niedergelegten Beträgen 4 und 3½ Prozent. Das Banklokal befindet sich in Czarnecki's Hotel. Glück zu!

Aus Nr. 39 des Wielkopolanin
vom 17. Februar 1899:

Die Erziehung macht Alles,

so sagte der Landwirtschaftsminister von Hammerstein — die Erziehung giebt dem Menschen den Halt für die Zukunft. Viel Wahrheit ist in diesen Worten des Herrn Ministers enthalten.

Diese Worte beziehen sich auch auf die unpraktische Erziehung der Jugend in unseren Schulen. Etwas hat der Herr Minister nur vergessen. Er hat nicht daran gedacht, daß die Schule z. B. in unseren Landestheilen insbesondere nicht einmal den allergewöhnlichsten Anforderungen entspricht, von den Zwecken schon gar nicht zu sprechen, auf welche der Herr Minister hingewiesen hat, nämlich daß sie vorwiegend germanisatorischen Zwecken dient.

Bei den Bestrebungen nach dieser Richtung hin reicht die Zeit dazu nicht aus, um den Kindern praktische Kenntnisse sowie die Ueberzeugung beizubringen, daß die Beschäftigung in der Landwirtschaft das Heimathland sowohl veredele, als auch für dieses sehr nützlich ist.

Wie sollen den polnischen Kindern schließlich auch irgend welche Kenntnisse beigebracht werden, wenn die ganze Zeit in den Schulen dazu verwendet

wird, um den Kindern mechanisch deutsche Vokabeln ins Gedächtniß einzuprägen.

Wie sollen diese Kinder einen Begriff von Pflicht und Pflichtbewußtsein erlangen, wenn man zu ihnen in einer völlig unverständlichen Sprache redet!

Der Herr Minister verlangt, daß die Schule den Kindern Achtung vor der Beschäftigung und dem Beruf der Eltern einflöße. Diese Forderung ist gerechtfertigt, aber bei dem heutigen Schulsystem kann man solche Begriffe nicht einprägen.

Die Achtung vor dem Berufe der Eltern und damit vor den Eltern selbst stützt sich auf religiöse Grundlagen.

Und sind bei dem heutigen Schulsystem unsere Kinder im Stande, sich von den erhabenen Grundsätzen unseres Glaubens aufrichtig und von Herzen durchdringen zu lassen? Nein — denn um dies zu erreichen, müßte man in den Schulen Religionsunterricht in der Muttersprache einführen.

Doch, was geschieht heut? Es giebt Schulinspektoren, welche den Religionsunterricht in polnischer Sprache so einengen, daß sie ihn aus der Schule geradezu ausschließen.

Dieses heutige Schulsystem ist nicht nur an der Verrohung der Jugend, nicht nur an deren Unerfahrenheit, Rathlosigkeit und Unlust zu der allerdings schweren, aber veredelnden und nützlichen Arbeit im Ackerbauschul, sondern auch an der Massen-Auswanderung. Die Kinder, welche unter einem fremden Schulsystem aufwachsen, lernen ihre Eltern nicht achten und weil sie das nicht gelernt haben, werden sie auch keine Anhänglichkeit weder an das Elternhaus noch an das Heimathsdorf besitzen.

Welche Erinnerung nimmt doch das Kind aus der Schule mit? Die Erinnerung an Schläge, weil es die deutschen Lieder nicht gelernt hat, deren Sinn es nicht verstand. Die Schule erweckt in dem Kindesherzen weder Aufrichtigkeit noch Wärme. Das junge Geschlecht wächst gleichgiltig und kalt auf.

Es ist ihm Alles gleich wo es sich hinbegiebt, in einen anderen Welttheil oder in sonstige fremde Gegenden. Das Streben nach Gewinn und Genuß ist sein Lösungswort. Freie Wandervögel — ohne Zugehörigkeit an das Nest — freie Geister — ohne rechte Grundlagen — das sind die Produkte der heutigen Schule. Zudem leichte Geister, welche sich nicht zu rathen wissen, denn der Geist und Verstand sind bei dem heutigen Schulsystem verkümmert. Wenn der Herr Minister seiner Rede das, was wir an diese angeknüpft haben, hinzugefügt hätte, würden wir uns mit ihm in vollem Einvernehmen befinden.

Aus Nr. 44 des Dziennik Poznański
vom 23. Februar 1899:

Kreis Schulinspektor Streich.

Die Volksversammlung in Gostyn, welche zwecks Besprechung der Streich'schen Verfügung stattfinden sollte, ist aus von den Veranstaltern unabhängigen Gründen auf später verlegt worden. Indes wächst die Entrüstung und es fallen Opfer. Die Jugend setzt den neuen Vorschriften über die Gebete Widerstand entgegen. Dies hat zur Folge, daß jeder fünfte Schüler körperlich gezüchtigt wird. Wir bedauern das sehr; doch fragen wir auch hier: wer agitirt? Die Polen, oder der übermäßige Druck von einer Seite, die sich um Pädagogik, nicht aber um Politik kümmern sollte.

Aus Nr. 37 des Ogedownik
vom 15. Februar 1899:

Betrifft Schulangelegenheiten.

In der gestrigen Nachmittagsitzung verurtheilte die Strafkammer (zu Posen) den Häusler Spychala aus Padniowko zu drei Monaten Gefängniß wegen Anfalls auf öffentlichem Wege und Körperverletzung, verübt an dem Wirth Przewozny. In dieser Sache trat als Zeuge der 13 jährige Schüler Gajewski auf, der auf deutsch weder „ja“ noch „nein“ zu sprechen vermochte.

Der Wirth Emil Matthes aus Bromno wurde unter Zubilligung mildernder Umstände zu 50 Mark Geldstrafe verurtheilt, weil er sich eines Hausfriedensbruchs und einer Körperverletzung an dem Lehrer Mawisch und an dessen Ehefrau schuldig gemacht hatte, sodaß ersterer vier Wochen krank gelegen hat. In dieser Sache trat etwa ein Duzend Schulkinder im Alter von 14—15 Jahren als Zeugen auf. Alle polnischen Kinder gaben wegen schwachen Beherrschens der deutschen Sprache ihre Aussagen in polnischer Sprache ab. Der Vorsitzende des Gerichtshofs fragte die Zeugen, nicht wie es in solchen Fällen üblich ist, ob sie katholisch oder evangelisch, sondern ob sie polnisch oder deutsch seien. Und es waren das nicht Kinder gewöhnlicher Arbeiter, sondern sowohl die Knaben als auch die jungen Mädchen waren städtisch gekleidet und ziemlich schlau und besonnen. Nach Czernonaf, Padniowko und Bromno wird es vielleicht mehr Fälle dieser Art geben, und das werden bessere „Berichte“ über die glänzenden Fortschritte sein, welche polnische Kinder in der „Amtssprache“ machen, denn sie sind von Gerichtsdirektoren und -Vorsitzenden vor Gericht bestätigt.

Aus Nr. 37 des Kuryer Poznański
vom 15. Februar 1899:

An die katholische Schule in Janowo

bei Mieltischin, Kreis Breschen, Parochie Brudzewo, hat man schon vor drei Monaten einen deutsch-protestantischen Lehrer geschickt, der kein Wort polnisch kann. Es giebt in dieser Schule nicht ein einziges deutsches Kind.

Aus Nr. 37 des Kuryer Poznański
vom 15. Februar 1899:

Aus Pogorzella

schreibt man uns: „In der Posener Zeitung war eine Korrespondenz enthalten, worin mitgetheilt wurde, daß der hiesige Schulvorstand dem Ortslehrer für die Germanisirung der polnischen Kinder eine Remuneration von 100 Mark zugebilligt habe. Diese Korrespondenz entspricht nicht der Wahrheit. Der Schulvorstand hat dem hiesigen Lehrer wohl eine Remuneration bewilligt, aber nicht für dessen Verdeutschungsthätigkeit, sondern dafür, weil er eine höhere Zahl von Kindern zu unterrichten hat, als vorgeschrieben ist, und weil man befürchtete, es könnte noch ein zweiter Lehrer angestellt werden.“

Aus Westpreußen, Ostpreußen und Pommern.

Aus Nr. 21 der Gazeta Grudziadzka
vom 18. Februar 1899:

Herr Minister v. Miquel!

Es steht Ihnen, Herr Minister v. Miquel, frei, Äußerungen der polnischen Presse, sogar solche der Gazeta Grudziadzka zum Beweise dafür anzuführen, daß eine großpolnische Agitation besteht, die angeblich die Absicht haben soll, den preussischen Staat zu zersprengen! Nicht steht es Ihnen aber frei, Artikel, die wir geschrieben und wegen deren wir vor Gericht viele Mark bezahlt haben, anderen Blättern zuzuschreiben! Der Herr Minister hat gesagt, der Kurier Poznański habe die Worte geschrieben: „Für einen Polen ist es eine Beleidigung, wenn man ihn einen Preußen nennt; denn wir sind Polen und nur Polen, höchstens aber Unterthanen des preussischen Königs.“

Das hat nicht der Kurier Poznański, sondern die Gazeta Grudziadzka geschrieben, und dafür hat ihr Redakteur 50 Tage im Gefängniß gesessen. Dieser Artikel ist also unser Eigentum, und selbst der Herr Minister v. Miquel darf ihn uns nicht nehmen.

Wir bitten also, daß sich der Herr Minister, wenn er in Zukunft wieder polnische Preßstimmen anführt, genauer darüber unterrichte, welches Blatt den und den Artikel gebracht hat!

Bei dieser Gelegenheit möchten wir dem Herrn Minister v. Miquel ins Ohr sagen, daß es uns, trotz aller der zahlreichen Kulturmittel, die er ausdenkt, um uns zu Preußen zu machen, nicht einfällt, Preußen zu werden.

Wir sind Unterthanen des preussischen Königs, auch erfüllen und erfüllten wir als solche unsere Pflichten. Der Beweis hierfür sind die mit dem Blute unsrer Väter gedüngten Schlachtfelder in Dänemark, Oesterreich und Frankreich.

Unterthanen des preussischen Königs sind wir also, und damit basta! Aber Preußen werden wir mit Gottes Willen nicht werden, so lange die Welt steht, das möge der Herr Minister unverjucht lassen!

Die preussische Nation ist nicht so nett, daß andre Nationen sie lieben, sich zu ihr hingezogen fühlen, ja, sich mit ihr verschmelzen sollten. Möge der Herr Minister v. Miquel gut in den Spiegel schauen, der sich „Geschichte und Vergangenheit der preussischen Nation“ nennt, dann wird er begreifen, weshalb der Pole nicht Preuze sein und werden will! Der Herr Minister weiß ja doch, wie die Baiern, Sachsen und alle übrigen deutschen Volksstämme den Preußen lieben. Und nun soll man sich über die Polen wundern!

Aus Nr. 37 der Gazeta Toruńska
vom 15. Februar 1899:

Der Kurs gegen die Polen

wird sich in Preußen nicht ändern, — das hat der Minister v. Miquel im Landtage angekündigt. Wir nehmen diese Ankündigung zur Kenntniß als eine radikale Arznei gegen jegliche phantastische Ausöhnungsneigungen. Es triumphirt die Politik derjenigen Polen, die einst gesagt haben: „Je schlimmer, desto besser!“

Aus Nr. 19 der Gazeta Grudziadzka
vom 14. Februar 1899:

Das Deutsche Adelsblatt

hatte vor einiger Zeit einen polenfreundlichen Artikel gebracht, den die Gazeta Grudziadzka wie folgt kommentirt:

„Wie wir sehen, schiebt das Deutsche Adelsblatt die ganze Schuld an der Verfolgung des Polenthums auf die H.-R.-Listen, um die preussische Regierung zu rechtfertigen. In dieser Beziehung ist jenes Blatt im Irrthum. Die Regierung ist daran schuld, daß der H.-R.-Verein entstanden ist und in den polnischen Landestheilen grassirt. Gestattet die Regierung doch, daß die Beamten diesen Verein unterstützen und in dessen Reihen sogar lernen, die Polen zu hassen. Ferner hat die Regierung alle Gesetze gegen die Polen erlassen, und diese Gesetze haben bewirkt, daß sich heut die Polen mehr als je als Baiern fühlen, die im eigenen Hause unrecht behandelt werden.“

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 21 der Nowiny Raciborskie
vom 18. Februar 1899:

Betrifft die Volksbank in Beuthen.

Aus dem uns von der Beuthener Volksbank übersandten Rechenschaftsbericht für das Jahr 1898 wollen wir hier folgende interessante Einzelheiten mittheilen: Die Einnahme betrug 3 298 981,75 M., die Ausgabe betrug 3 281 178,00 M. Der Gewinn beträgt 90 912,25 M., der Verlust 70 604,65 M., es verbleiben daher zur Verfügung der Generalversammlung 20 207,60 M. Anzahl der Mitglieder: Aus dem Jahre 1897 gingen auf das Jahr 1898 über 498 Mitglieder. Im Jahre 1898 traten hinzu 158, waren also zusammen 656 Mitglieder. Ausgetreten sind im Jahre 1898 12, gestorben 4 Mitglieder. Auf das Jahr 1899 gehen daher über 640 Mitglieder. Ausweis der Mitglieder nach Stand oder Beschäftigung: Hausbesitzer 255, Aerzte, Rechtsanwälte, Beamte u. s. w. 71, Berg-, Hüttenarbeiter und Maschinisten 60, Ackerbürger 58, Handwerker 41, Kaufleute und Krämer 42, Fabrikanten, Industrielle u. Unternehmer 38, Grundstücksbesitzer 37, Hausbesitzer und gleichzeitig Kaufleute 25, Gutsbesitzer 2, ohne Angabe des Berufs 1, zusammen 640. Deponenten mit einer Einlage von über 30 000 Mark gab es 2, von 20 bis 30 000 Mark 3, von 10 bis 20 000 Mark 9, von 5000 bis 10 000 Mark 27, von 1000 bis 5000 Mark 359, von 500 bis 1000 Mark 324, von 100 bis 500 Mark 518, unter 100 Mark 329, zusammen 1571. Die höchste Einlage betrug 41 000 Mark, die niedrigste 5 Pf. Auf das Jahr 1899 gehen an Einlagen im Ganzen über: 1 404 562,45 Mark. Wenn wir bedenken, daß die Volksbank in Beuthen erst seit Juli 1895 besteht, so wird wohl Jeder zugeben, daß die vorstehenden Ziffern den Beweis für einen seltenen Aufschwung liefern.

Aus Nr. 8 der Praca (Beiblatt zum Katolik)
vom 21. Februar 1899:

Aus den Sipiue'er Hüttenwerken.

Von 3 bis 5 Uhr früh ist in Hütte 8 Silesia III so viel Dunst, daß es nicht auszuhalten ist. Die Arbeiter müssen sich oftmals den Mund mit Taschentüchern zuhalten und müssen viel husten. Ein Arbeiter war dort zwei Monate lang beschäftigt und bekam, laut Aussage des Kassenarztes, vom vielen und heftigen Husten Herzklopfen. Die Arbeiter an den beiden Defen, die keine Schornsteine und deren einer sogar keine Klappen hat, leiden sehr und die anderen Arbeiter, welche in der Nähe beschäftigt sind, leiden darunter vielleicht noch mehr. Weßhalb läßt die Hüttenverwaltung die beiden Defen nicht ausbessern? Wenn alle anderen Defen mit Schornsteinen und Klappen versehen und umgebaut sind, weßhalb sind denn nicht auch die beiden Defen ausgebessert worden? Wir ersuchen den Herrn Fabrikinspektor, sich die Sache angelegen sein zu lassen. Am 6. Februar war um 8 Uhr früh der hier wohnende Gendarm in der Hütte, entfernte sich aber schleunigst, weil ihm der Dunst zu sehr zusetzte. Er sagte: „Leute, machet Platz, denn es ist ein verfluchter Gestank! Wo muß ich hier in solchem Gestank herumkriechen!“ Es würde sich empfehlen, wenn der Herr Fabrikinspektor den Gendarm als Zeugen vorladen möchte. Er wohnt in Kopanin. Geflucht und geschimpft wird nicht wenig, denn selbst der kleinste Beamte glaubt der Herrgott selbst zu sein. Ordnung muß bei der Arbeit herrschen, es müssen also auch Vorgesetzte sein und wir müssen ihnen gehorchen, doch ist es nicht nötig, daß geflucht wird. Dies würde wohl der Generaldirektor selbst nicht gutheißen und es verbieten.

Aus dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 20 des Wiarus Polski
vom 16. Februar 1899:

Herten.

Schon viel Polen weilen gegenwärtig in Westfalen und überall drängen sich die Landsleute zu den polnischen Vereinen. Wir hier in Herten besitzen zwei Vereine und unser Verein unter dem Patronat des heiligen Joseph ist, soweit die Kräfte reichen, um das Wohl seiner Mitglieder besorgt. Unser Ehrenvorsitzender Pfarrer D. ist uns auch zugethan und unterstützt uns in Allem. Wenn nur alle Landsleute in Herten größere Begeisterung ergreifen und jeder von ihnen einem polnischen Verein beitreten möchte. Machen wir uns an die Aufklärung, an die polnischen Vereine und befeizigen wir uns des Lesens polnischer Bücher und Zeitungen, und keine Verfolgung wird uns aus unseren Herzen die Anhänglichkeit an den Glauben und die Muttersprache entreißen.

Aus Nr. 20 des Wiarus Polski
vom 16. Februar 1899:

Schiffbeck.

Ende vorigen Jahres haben wir hier einen Verein polnischer Arbeiter unter dem Patronat des heiligen Jsidor begründet. In den Vorstand wurden folgende Herren gewählt: A. Kreczmann als Vor-

sitzender, J. Richter als sein Stellvertreter, W. Szymkowiak als Schriftführer, T. Mostowski als sein Stellvertreter, L. Lubka als Kassirer, J. Koszak als sein Stellvertreter, T. Nefla als Kassirer der Begräbniskasse, J. Szymczak und L. Jasiczak als Kassenrevisoren, Nowicki und Rybacki als Beisitzer.

Aus Nr. 20 des Wiarus Polski
vom 16. Februar 1899:

Rechenschaftsbericht über die Thätigkeit des polnischen Vereins Jedność in Dortmund

für das Jahr 1898.

Dortmund.

Der Verein veranstaltete im verflossenen Jahre 29 Versammlungen, darunter sieben General-, achtzehn ordentliche und zwei außerordentliche Versammlungen, außerdem feierte er das Osterfest und das 21jährige Stiftungsfest. Im verflossenen Jahre zählte der Verein zusammen 116 Mitglieder, gegenwärtig sind deren 86.

Die Einnahme betrug 251,75 Mark, die Ausgabe 182,77 Mark. In der Sparkasse besitzt der Verein ein Vermögen von 1065,42 Mark. Der Rest befindet sich beim Kassirer.

In den Vorstand wurden für das laufende Jahr folgende Herren gewählt: Theophil Walter als Vorsitzender, W. Kazmierczak als sein Stellvertreter, M. Rydlewski als Kassirer, K. Rybacki als sein Stellvertreter, K. Krawczynski als Schriftführer, P. Tamborski als sein Stellvertreter, Fr. Hojka als Fahnen-träger, Michalewicz als sein Stellvertreter, Peter Witkiewicz und A. Przybyla als Fahnenjunfer, St. Gazinski und J. Grzesiat als deren Stellvertreter, Borusiat und M. Kaul als Kassenrevisoren, Badurski und Prals als Beisitzer.

Die Sitzungen finden jeden ersten und dritten Sonntag im Monat statt. Alle den Verein betreffenden Briefe bitten wir zu Händen des Vorsitzenden oder des Schriftführers zu übersenden.

Theophil Walter, Kassimir Krawczynski,
Vorsitzender. Schriftführer.

Aus Nr. 21 des Wiarus Polski
vom 18. Januar 1899:

Röln.

Am Sonntag, den 5. d. Mts., feierte unser polnisch-katholischer Verein unter dem Patronat des heiligen Adalbert sein Fahnenweihesfest. Unser junger Pfarrer, welcher in kurzer Zeit polnisch gelernt hat, hielt um 4 Uhr einen Gottesdienst zu Ehren der heiligen Maria ab. Darauf weihte er die Fahne und hielt an uns eine zu Thränen rührende, polnische Ansprache. Jetzt haben wir Gott sei Dank das, was uns hier in der Fremde gefehlt hat: einen polnischen Verein und einen polnischen Geistlichen; jetzt müssen wir Gott nur noch bitten, daß er uns einmüthigen Geist schenkt.

Aus Nr. 41 des Postep
vom 19. Februar 1899:

Jahresbericht über die Thätigkeit des Vereins unter dem Patronat des heiligen Paulus in Cickel für das Jahr 1898.

Cickel, den 6. Februar.

Der Verein unter dem Patronat des heiligen Paulus zählte am Anfange des Jahres 111 Mitglieder. Im Laufe des Jahres traten ihm 23 neue Mitglieder bei, sodaß der Verein 134 Mitglieder zählte. Von diesen traten im Laufe des Jahres 20 aus, sodaß für das laufende Jahr 114 aktive Mitglieder verbleiben.

Es fanden fünf Vorstandssitzungen statt, außerdem zwei Generalversammlungen, 23 ordentliche und zwei außerordentliche Versammlungen, nämlich zur Feier des Osters- und Weihnachtsfestes, welche der Verein sehr feierlich bei zahlreicher Betheiligung von Mitgliedern und Gästen beging.

An den Versammlungen nahmen durchschnittlich 55 Mitglieder theil; es wurden in diesen Vorlesungen aus dem heiligen Evangelium und Vorträge hierüber gehalten, außerdem fanden Vorlesungen aus anderen Büchern statt.

Mit der Fahne trat der Verein bei kirchlichen Feiern achtmal auf, ebenso sechsmal bei Festlichkeiten benachbarter Vereine. Heilige Messen ließ er fünf lesen, und zwar zwei für verstorbene Mitglieder, zwei für die gegenwärtigen Mitglieder und eine für das verstorbene Mitglied Joseph Rutkowski.

Polnischen Gottesdienst hatten wir viermal, gemeinschaftlich zur heiligen Kommunion begab sich der Verein einmal. Im Laufe des Jahres veranstaltete der Verein zwei Vergnügungen und zwar das Stistungsfest und das Fahnenweihesest.

Der Kassenstand ist folgender: Einnahmen hatte der Verein im Jahre 1898 789,61 Mark, Ausgaben 670,21 Mark. Von diesem Betrage kaufte der Verein für 99,88 Mark Vereinsabzeichen, hiervon ist nur ein Theil für 34 Mark verkauft worden, der Rest befindet sich beim Verein. Ebenso wurden von dieser Summe 328 Mark als Unterstützungen an kranke Mitglieder gezahlt, der Rest des Betrages wurde für andere Ausgaben des Vereins verwendet. Die Reineinnahme aus dem Jahre 1898 beträgt 109,40 Mk. Der gesammte Kassenbestand, welcher aus den verflossenen Jahren herrührt, beträgt 446,93 Mark, hiervon befinden sich 400 Mark in der Sparkasse und 46,93 Mark in der Vereinskasse. Die Bibliothek setzt sich aus 238 Büchern zusammen, welche Eigenthum des Volksbibliothekenvereins in Posen sind.

In den Vorstand wurden folgende Herren gewählt: Pfarrer Kaspar Heinemann als Ehrenvorsitzender, Johann Bajer als Vorsitzender (Cickel, Moltkestraße 11), Johann Skrzypczak als stellvertretender Vorsitzender, Thomas Dratwa als Schriftführer (Cickel, Reinerstraße 2), Johann Mizera als stellvertretender Schriftführer, Kaspar Filipiak als Kassirer, Anton Gemski als stellvertretender Kassirer, Franz Mackowiak als Bibliothekar, Adam Mackowiak als stellvertretender Bibliothekar, Stephan Dubzik als Fahnenenträger, Joseph Michalski als sein Stellvertreter, Fr. Chodynaiak und Stephan Michalski als Fahnenjunker, Stephan Palajzyk und Johann Jaruzel als deren Stellvertreter, Johann Michalak und Lorenz Filipiak als Beisitzer, Johann Chudziak, Augustin Neubaum als Kassenrevisoren.

Die Versammlungen finden jeden ersten und dritten Sonntag im Monat im Saale des Herrn Theodor Feldhege neben der katholischen Kirche statt. Alle den Verein betreffenden Briefe und Korrespon-

denzen bitten wir zu Händen des obengenannten Vorsitzenden oder Schriftführers zu übersenden.

Fr. Chodynaiak,
Vorsitzender.

R. Hadryan,
Schriftführer.

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 46 des Dziennik Polski
vom 15. Februar 1899:

Eine Politik der Heuchelei und Lüge.

Lemberg, den 14. Februar.

Die in der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses in gemäßigtem Tone erhobenen durch Thatfachen — durch hundertfache Thatfachen preussischer Gesetzwidrigkeit und Bedrückung in dem Herzogthum — zur Genüge begründeten Beschwerden und Vorwürfe des Abgeordneten von Jazdzewski riefen eine von pharisäischer Heuchelei überströmende Antwort des Ministers von Miquel hervor. Unwillkürlich werden wir, wenn wir die telegraphische Inhaltsangabe der Ministerrede lesen, an das bekannte Lafontainesche Märchen von dem Wolfe erinnert, welchem ein Lamm das Wasser im Flusse trübte. Die Rede enthält viel kreuzritterliche Versäße, viel Cynismus und freche Lüge, die augenscheinlich darauf berechnet sind, der öffentlichen Meinung in Deutschland und Europa Sand in die Augen zu streuen. Die preussische Regierung und ihre Beamten in den polnischen Landestheilen wünschten doch aus allen Kräften, den Frieden und die polnisch-deutschen guten Beziehungen zu erhalten, die Polen ständen ihnen aber dabei im Wege. Ueberdies hielten die polnischen Abgeordneten im Landtage, anstatt sich mit ihren Beschwerden an die Regierung zu wenden, herausfordernde Reden. Und doch benützten sie dieselben kulturellen Anstalten, wie die Deutschen. Der entrüstete Minister hätte noch hinzufügen sollen, daß doch in der Provinz Posen die Sonne ebenfogut den Polen scheine und der Regen ebenfogut auf die Polen als auf die Deutschen falle. Auch sei es eine grenzenlose polnische Frechheit, den Berliner Wohltätern den Vorwurf zu machen, sie hätten die sündhafte Absicht, die Polen sammt ihrer Sprache auszurotten! Und doch siele ihnen dies auch nicht im Traume ein. Zwar werden Hunderte von Millionen der auch von den Polen in das Staatsäckel gezahlten Steuergroschen zu deutschen Ansiedelungszwecken in der Provinz Posen verwendet; zwar sei die Sprache der ureingeseßenen polnischen Bevölkerung aus der Schule und bei den Behörden verdrängt und an ihre Stelle die deutsche eingeführt worden; zwar weise die Regierung die Arbeiter polnischer Abstammung aus Oesterreich und dem Königreich Polen ohne jegliche Ursache über die Staatsgrenze aus, löse fortwährend polnische Vereine, selbst akademische Verbindungen auf, verfolge mit drakonischer Härte unausgeseßt polnische Publizisten und Herausgeber u. s. w. — doch dies Alles zeuge, nach Ansicht des Herrn von Miquel, noch keineswegs gegen die väterlichen Absichten der Regierung, im Gegentheil müßte es ihr die Herzen der Polen gewinnen. Ja, wenn sie nur nicht fortwährend sich der „geheimen“ Hoffnung hingäben, die Lage könnte sich dereinst zu ihren Gunsten ändern! Dieses allgemeine Vorwerfen geheimer Hoffnungen und Wünsche bildet wirklich den Gipfel preussischer Verkehrtheit! Auf diese Weise kann man die unsinnigsten und strafwürdigsten Verdächtigungen auszusprechen, ohne sich irgendwelcher Verantwortlichkeit auszusetzen. Auf diese Weise könnte man z. B. Herrn von Miquel verdächtigen, daß er ein Revolutionär

sei, der die Entthronung der Hohenzollern anstrebe u. s. w. Ganz treffend antwortete ihm der Prälat von Jazdzewski, indem er offen und ehrlich mitten in die allgemeine Begeisterung hineingriff. Die Polen, sagte er, seien niemals Meineidige gewesen, wenn sie also einmal den Eid auf die Verfassung abgelegt hätten, so dürfe man sie des Landesverraths nicht verdächtigen. Der Herr Abgeordnete hätte noch hinzufügen können, daß, wenn überhaupt Jemand in den preußisch-polnischen Beziehungen diesen Verfassungseid gebrochen habe, dies allein die preußischen Könige gewesen seien! Mit einer gewissen Vorliebe pflegt Herr von Miquel gelegentlich seiner antipolnischen Reden mitten in die Vergangenheit zurückzugreifen und Daten oder Namen aus der Geschichte anzuführen. So hat er auch diesmal Flotwell und Großmann aus dem Grabe gerüttelt, wobei er die ebenso lächerliche als unsinnige Behauptung aufzustellen wagte, daß ihre milde, den Polen gegenüber gleichgiltige Politik den Aufstand im Jahre 1863 hervorgerufen habe. Das ist eine offenbare Lüge, für die man einem Gymnasiasten in der Geschichte der Neuzeit ein schlechtes Zeugniß ertheilen müßte. Die Politik der preußischen Regierung vor 1863 stand absolut in keinem ursächlichen Zusammenhang mit unserer Januar-Waffenerhebung zwecks Wiedererlangung der Unabhängigkeit und wenn etwas mit Nachdruck hervorgehoben werden könnte, so wären es gerade ihre entgegengesetzten Folgen. Dank jener gleichgiltigen Politik — lies „Nichtausweisungspolitik“ — der damaligen Vorgänger des Herrn von Miquel dem polnischen Element gegenüber, hat die revolutionäre Bewegung in dem benachbarten Königreich nur einen sehr schwachen Widerhall im Herzogthum gefunden. Doch wir wollen schmerzliche Erinnerungen nicht wieder wachrufen. Herr von Miquel hat entweder eine vollständige Unkenntniß der preußischen Geschichte verrathen oder aber — was wahrscheinlicher ist — er hat wie gedruckt gelogen, um den ehrlichen Deutschen Sand in die Augen zu streuen. Der berühmteste russische „Vater der Lüge“, Graf Ignatiow, hat zur Zeit würdige Schüler und Nachahmer in Preußen.

Aus Nr. 38 der Nowa Reforma
vom 16. Februar 1899:

Krakau, 15. Februar.

Seit wenig Tagen finden im preußischen Landtage lebhaftere Verhandlungen in der „polnischen Frage“ statt. Die preußische Regierung spielt bei diesen Verhandlungen eine wahrhaft demüthigende Rolle. In solchen Fällen ist nichts widerwärtiger als Heuchelei. Die preußischen Minister haben nicht den Muth, den Polen mit offenem Bistir gegenüberzutreten, wie dies seiner Zeit Bismarck that. Sie handeln im Sinne der Politik dieses großen Dämons Deutschlands, nur fehlt ihnen der freche Muth, mit dem er seine politischen Bestrebungen klar kennzeichnete. Was dieselben bezwecken, das weiß die Regierung, das wissen die Polen, das weiß ganz Deutschland. Dieses Ziel ist die Entnationalisirung der Polen um jeden Preis.

Der preußischen Regierung genügt die Umwandlung der Polen in loyale Staatsbürger nicht; sie will aus ihnen mit Gewalt Deutsche machen. Mit Gewalt kann man in der That viel, jedoch nicht Alles ausrichten. Denn äußerer Druck ruft in den Seelen der Menschen eine Reaktion wach, und in die Tiefen der Seele reicht die politische Repression nicht. Die Deutschen fühlen auch, daß die Hundertmillionenfonds

der Ansiedelungskommission an diesem psychologischen Widerstande werden zu schanden werden, daß daran die zügellose Verfolgung des polnischen Elements scheitern wird, — und daher rührt ihre Verfolgungswuth, daher die ohnmächtige Bosheit über die erschauerten Niederlagen.

Wie erbärmlich sehen im Lichte der objektiven Wahrheit und der gesunden Vernunft die Ausführungen solch eines Ministers von Miquel aus! Was für ein kleiner Mensch ist das! Wenn er offen sagen würde: „Wir wollen die Handvoll polnischer Bevölkerung verschlingen, denn sie stört die nationale Gleichförmigkeit Preußens; sie wird, solange sie am Leben ist, nicht aufhören, uns vor dem Tribunal Europas zu verklagen; sie wird nicht aufhören, uns Gewissensbisse zu verursachen und wir wollen endlich einmal ruhig schlafen!“ Aber Herr von Miquel spielt den Frommen; er kleidet sich in das Gewand der heiligen Wahrheit, redet direkt lächerlichen Unsinn von dem gleichen Maße an Rechten, das der polnischen Bevölkerung gleich der deutschen zu theil werde, und leugnet, daß die preußische Regierung die Polen ausrotten und ihnen die Muttersprache nehmen wolle. Ein Mitglied der Regierung, welche die scharfen Spitzen aller Geseze gegen die Polen kehrt; ein Minister, der die geheimen Vorgänge kennt und weiß, wie die Geseze so gedreht werden, daß sie der polnischen Bevölkerung alles nehmen und ihr nichts gewähren; ein solcher Mensch behauptet vor dem Landtage heuchlerisch, die Polen hätten dieselbe Preß-, Vereins- und Versammlungsfreiheit wie die Deutschen, was wollten sie mehr?!

Sie wollen die Kleinigkeit, daß diese Geseze redlich auf sie angewendet werden; denn bisher bringen sie nur den Deutschen Nutzen. Wo soll der Pole in Preußen Gerechtigkeit suchen, wenn alle Regierungsorgane durch eine von oben her anbefohlene Politik, welche die Geseze und Gewissen vergewaltigt, demoralisirt sind? Jeder Beamte fühlt sich als allmächtiger Herr gegenüber dem polnischen Bürger; denn er weiß, daß es die Absicht seiner vorgesetzten Behörden ist, daß dieser Bürger bedrückt und aller Rechte beraubt werde. Der Minister von Miquel hat den märchenhaften Muth, die Meinung auszusprechen, daß die deutsche Regierung nicht die Absicht habe, den Polen ihre Muttersprache zu nehmen; und doch sind alle Verfügungen, die gesammte Organisation des Schulwesens einzig nach dieser Richtung hin zugeschnitten.

„Die Polen selbst rufen Zwistigkeiten hervor“, — sagt der Minister von Miquel — „indem sie die versteckte Hoffnung hegen, daß die politische Lage sich einst ändern könne.“ Welch ein Verbrechen! Meint der Herr Minister, daß nur der Glaube an die Unabänderlichkeit der jetzigen Lage berechtigt sei? Worauf stützt der Herr Minister seine Hoffnung? Doch wohl darauf, worauf sich jeder Glaube und jede Hoffnung stützen: auf die innere Ueberzeugung. Und Herr von Miquel meint, daß nur die regierungsseitige, die preußische Ueberzeugung legal, alle anderen aber ein Verbrechen seien! Einer solchen Ueberzeugung spotten wir, und wir haben hierzu das Recht, denn sie ist ein Absurdum, ein um so mehr in die Augen fallender Unsinn, mit je mehr Gespreiztheit er ausgesprochen wird.

Es hat größere und redlicher regierte Staaten als Preußen und Deutschland gegeben; — sie sind zerstoßen, wie eine Seifenblase, und haben kaum eine Spur von sich hinterlassen, während schwache Nationen Jahrhunderte überdauert haben und bis heute leben. Die Deutschen tragen uns durch den Mund ihrer großen Autoren historische Lügen vor, und ärgern sich, wenn wir dieselben nicht als wahr anerkennen wollen. Ihre Minister spielen sich, statt die redliche Uebung der Gerechtigkeit zu überwachen, als Propheten

auf, verkünden uns und sich selbst die Zukunft und diffiren uns, was wir glauben dürfen, welche Hoffnungen für uns realisirbar und welche ein Verbrechen gegen Preußen und dessen Regierung seien.

Diese historiosophisch-politischen Einbildungen des Herrn von Miquel spotten nicht nur dem Gerechtigkeitsgefühl, sondern sie sind eine Karrikatur der historischen Wahrheit. Möge die preußische Regierung sich keine Mühe geben, die „historischen Gegensätze“ zu beseitigen, — wie sich Herr von Miquel aus-

gedrückt hat, — denn sie macht sich damit gradezu lächerlich. Statt eine Milderung dieser Gegensätze anzustreben, durch Anerkennung der Rechte der übrigen Nationalitäten, welche letztere übrigens nicht darum gebeten haben, daß Preußen sie unter sein Szepter nehme, — verschärft die preußische Regierung diese Gegensätze mit Vorbedacht, und sie posirt dabei noch als Wohltäter und Schützer einer verfolgten Nation. Wie niedrig ist das!